

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

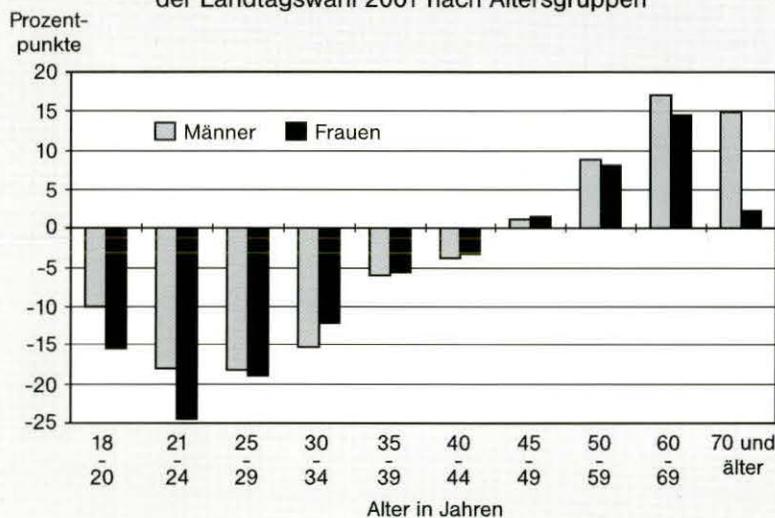
September

Oktober

November

Dezember

Abweichung der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2001 nach Altersgruppen



Inhalt

Die Wahl zum 14. Landtag Rheinland-Pfalz am 25. März 2001 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik –	109	Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, mit der Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wahlverhalten gewonnen werden, vervollständigen die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Analysen zur Landtagswahl vom 25. März 2001. Sie zeigen, dass unter den jüngeren Wahlberechtigten die Wahlbeteiligung besonders niedrig war.
Zeitbudgeterhebung 2001/02	130	Von April 2001 bis März 2002 schreiben bundesweit 5 000 Haushalte an jeweils drei Tagen alle geleisteten Aktivitäten in einem Tagebuch auf. In Rheinland-Pfalz nehmen auf freiwilliger Basis 261 Haushalte teil.
Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft	136	Die sozialökonomische Betriebstypisierung unterscheidet die landwirtschaftlichen Betriebe in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Sie beschränkt sich seit 1997 auf die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die auch als Familienbetriebe bezeichnet werden. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben ist auch in Rheinland-Pfalz nach wie vor rückläufig.
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Hoher Nichtwähleranteil unter jüngeren Wahlberechtigten

Wie bei allen Landtagswahlen seit 1967 sind auch bei der Wahl am 25. März 2001 an Wählerinnen und Wähler in einigen ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden. Die Ergebnisse dieser Stichprobe für die so genannte repräsentative Wahlstatistik zeigen, dass die Wahlbeteiligung unter den Jüngeren deutlich niedriger lag als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Jeder Zweite der unter 35-Jährigen nahm an der Wahl nicht teil. Unter den Wahlberechtigten insgesamt lag die Wahlbeteiligung mit 62,1% zwar deutlich höher, hatte damit aber dennoch den niedrigsten Stand seit der ersten Landtagswahl 1947. Die Wahlbeteiligung der jungen Wahlberechtigten zwischen 21 und 24 Jahren weist einen nur halb so hohen Anteil aus wie bei den 60- bis 70-Jährigen.

Bei Frauen und Männern zeigte sich ein unterschiedliches Wahlverhalten. Bei der Landtagswahl 2001 erreichte die SPD bei Frauen mit über 45% einen höheren Stimmenanteil als bei Männern. Die CDU erhielt bei der jetzigen Landtagswahl, wie auch bei früheren Wahlen, mit 36% bei den Wählerinnen zwar immer noch einen höheren Stimmenanteil als bei den Männern (34%); gegenüber 1996 verlor die CDU aber bei den Frauen mit fast fünf Prozentpunkten deutlich stärker als bei den Männern.

Die F.D.P. fand seit 1967 immer mehr männliche als weibliche Wähler. Auch bei der jetzigen Wahl gaben Männer anteilmäßig (8,5%) den Liberalen häufiger ihre Stimme als Frauen (6,7%).

Die GRÜNEN, die bei ihren ersten Wahlteilnahmen 1983 und 1987 bei den Männern mehr Anklang fanden und 1991 bei beiden Geschlechtern in etwa gleiche Werte erzielten, erreichten seitdem bei den Wählern geringere Stimmenanteile als bei den Wählerinnen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 109.

Wo bleibt die Zeit?

Antwort geben die Ergebnisse der von April 2001 bis März 2002 laufenden Zeitbudgeterhebung, an der bundesweit 5 000 Haushalte – in Rheinland-Pfalz sind es 261 – auf freiwilliger Basis teilnehmen. Die nach Haushaltstypen und sozialer Stellung geschichteten Haushalte tragen an zwei vorgegebenen Werktagen und einem Samstag oder Sonntag ihre Aktivitäten in ein Tagebuch ein. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene und finanzierte Erhebung soll ein wirklichkeitsnahes Bild der

Situation privater Haushalte geben und helfen, die Lage von Familien oder bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Alleinerziehenden, alten Menschen oder ehrenamtlich Tätigen, weiter zu verbessern. Von besonderem Interesse ist hierbei der Umfang unbezahlter Arbeit, wie z. B. Hausarbeit, Ehrenamt oder Nachbarschaftshilfe, aber auch die Informationen über Arbeitszeit, Bildungs- und Freizeitaktivitäten sind wichtig. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 130.

Noch 13 000 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe

Im Jahr 1999 waren rund 33 600 der insgesamt 35 500 landwirtschaftlichen Betriebe Familienbetriebe. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe hat allerdings stetig abgenommen. 1999 zählten nur noch knapp 39% der Familienbetriebe zu den Haupterwerbsbetrieben. Sie bewirtschafteten allerdings über 71% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF). Unter den Betrieben mit 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche und mehr belief sich der Anteil der Haupterwerbsbetriebe auf fast 96%. Bei den flächenmäßig kleineren Haupterwerbsbetrieben handelt es sich vielfach um Weinbau- oder Gartenbaubetriebe. Sie können aufgrund der hohen Flächenproduktivität auch auf kleineren Flächen ein ausreichendes Einkommen realisieren.

Mehr über dieses Thema auf Seite 136.

Nur 1% der Hühner darf frei laufen**Käfighaltung auch in Rheinland-Pfalz der Normalfall**

Die Hühnereier in Rheinland-Pfalz werden überwiegend von Betrieben mit mehr als 3 000 Haltungsplätzen erzeugt. Im Dezember 2000 gab es 56 solcher spezialisierter Betriebe mit rund 770 000 Haltungsplätzen. Die Zahl der Legehennen in Freilandhaltung hat sich im Jahr 2000 gegenüber dem vorangegangenen Jahr mit rund 7 400 mehr als verdoppelt. Bodenhaltung in Ställen gab es für rund 44 000 Hennen (5,7%). Im Bereich der statistisch nicht erfassten Kleingeflügelhaltungen dürfte ein noch größerer Anteil auf diese Haltungsformen entfallen.

Das Gros der Hühnereier stammt auch in Rheinland-Pfalz aus Käfig- bzw. Batteriehaltung; insgesamt gab es rund 714 000 solcher Hennenhaltungsplätze, das sind 92% aller Haltungsplätze in den Spezialbetrieben.

Fast 164 Mill. Eier wurden in den spezialisierten Betrieben in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr gelegt, das sind durchschnittlich 272 Eier pro Henne. ha

kurz + aktuell

Knapp 70% aller Lehramtsbewerber sind Frauen

Das Lehramt wird von Frauen bedeutend häufiger angestrebt als von Männern. Knapp 7 von 10 Bewerbern waren in diesem Frühjahr Frauen. In nahezu allen Ausbildungsgängen der Seminare stellte das weibliche Geschlecht die Mehrheit. Besonders hoch war der Anteil beim Lehramt für Grund- und Hauptschulen (85%) und beim Sonderschullehramt (80%). Es folgten das Lehramt für Realschulen mit 63% und für Gymnasien mit 56%. Lediglich an den Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen waren Frauen mit 45% unterrepräsentiert.

1 736 Referendarinnen/Referendare und Anwärter an den Studienseminaren in Rheinland-Pfalz bereiteten sich im Frühjahr 2001 auf die Zweite Staatsprüfung im Rahmen der Lehrerausbildung vor. Das waren 59 Seminarteilnehmer (-3,3%) weniger als vor Jahresfrist.

39% (684) strebten das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, 24% (414) das Lehramt an Gymnasien und 15% (258) das Lehramt an Realschulen an. Außerdem befanden sich 13% (224) der Anwärter im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und 9% (156) für das Lehramt an Sonderschulen. we

68 Befähigungen zur Hochschulprofessur im Jahr 2000

Durchschnittsalter 40 Jahre

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich im Jahr 2000 insgesamt 13 Wissenschaftlerinnen und 55 Wissenschaftler habilitiert. Sie haben damit den Nachweis der wissenschaftlichen Lehrbefähigung erbracht und können sich mit dieser Qualifikation um eine Hochschulprofessur bewerben. Es gab acht Habilitationen weniger als in den beiden vorangegangenen Jahren, die mit je 76 Verfahren den bisher höchsten Stand markierten.

Unter den neu Habilitierten befanden sich acht mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Drei von vier Wissenschaftlern waren zum Zeitpunkt der Habilitation an einer Hochschule beschäftigt.

Das durchschnittliche Habilitationsalter lag bei 40,5 Jahren und damit geringfügig unter dem des Vorjahres. Jeder Dritte war älter als 41 Jahre. Der älteste Habilitierte war 59, der jüngste 30 Jahre alt.

23 Lehrbefähigungen wurden in Humanmedizin und 17 in Fächern der Mathematik und Naturwissenschaften erworben. Vierzehnmal wurde die Erlaubnis, an Hochschulen zu lehren, für Fachgebiete der Sprach- und Kulturwissenschaften und elfmal in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verliehen. we

Rheinland-pfälzische Milchkühe immer fleißiger

Eine rheinland-pfälzische Milchkuh gab im Jahr 2000 durchschnittlich knapp 5 900 kg Milch; das waren gegenüber dem Vorjahr rund 100 kg (+1,8%) mehr. Die durchschnittliche Milchleistung hat damit in nur acht Jahren um 1 000 kg zugenommen. Diese Leistungssteigerung dürfte im Wesentlichen auf den züchterischen Fortschritt und den Strukturwandel zurückzuführen sein. So konzentriert sich die Milchkuhhaltung immer mehr in spezialisierten Betrieben, die in modernen Laufställen den Milchkühen tiergerechte Haltungsbedingungen bieten.

Etwa 132 000 Kühe lieferten im Jahr 2000 insgesamt rund 775 300 t Milch. Täglich stand den rund vier Mill. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern somit rein rechnerisch pro Person ein halber Liter Milch aus heimischer Produktion zur Verfügung. Rund ein Drittel der Milchmenge stammte allein von Kühen im Landkreis Bitburg-Prüm. br

Weniger Unfälle mit Personenschaden

Im März 2001 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz rund 10 400 Verkehrsunfälle. Das waren 2,6% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Die Unfälle mit Personenschaden (1 330) gingen jedoch um 3,6% zurück. Die Zahl der Verkehrstoten war mit 28 um vier niedriger als im März 2000. 294 Personen wurden schwer (-27%) und 1 446 leicht verletzt (+0,9%).

In den ersten drei Monaten des Jahres 2001 wurden gut 29 500 Unfälle polizeilich aufgenommen, 0,8% weniger als im ersten Quartal 2000. Dabei sank erfreulicherweise die Zahl der Verkehrstoten um 16% auf 71 und die der Schwerverletzten um 15% auf 944. schm



Die Wahl zum 14. Landtag Rheinland-Pfalz am 25. März 2001 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik –

Wie bei jeder Landtagswahl seit 1967 sind auch bei der Wahl am 25. März 2001 an Wählerinnen und Wähler in einigen ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden, dies erstmals allerdings unter Einbeziehung der Briefwähler. Mit Hilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können so Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wählerverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel nicht verletzt, weil alle Wähler einer bestimmten Altersgruppe den gleichen Stimmzettel erhalten und nur Stimmbezirke mit mehr als 400 Stimmberechtigten ausgewählt wurden. Ein Rückschluss auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers ist somit ausgeschlossen.

Die repräsentative Stichprobe umfasste insgesamt 204 von 5 108 Stimmbezirken. In diesen Bezirken waren mehr als 155 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt; das waren etwa 5% aller Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz. In einer Unterstichprobe von 82 Stimmbezirken sind darüber hinaus die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Geburtsjahresgruppen ausgewertet worden. Mit dieser Untersuchung können Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden. In den Stimmbezirken der Unterstichprobe waren über 60 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, also rund 2% aller Wahlberechtigten.

Die Auswahl der Stimmbezirke für die repräsentative Wahlstatistik zur Landtagswahl entspricht der für die Europawahl 1999 gezogenen Stichprobe.

Rechtsgrundlage für diese so genannte „repräsentative Wahlstatistik“ ist der Paragraph 54 a des Landeswahlgesetzes (LWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1989 (GVBl. 1990 S. 13), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juni 2000 (GVBl. S. 251), BS 1110-1. Die letzte Änderung dieses Gesetzes im Juni 2000 betraf u. a. die Einbeziehung der Briefwähler in die Auswertungen zur Wahlbeteiligung und zum Wählerverhalten nach Alter und Geschlecht. Bei früheren Landtagswahlen wurden die Briefwähler nicht in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen. Durch den beachtlichen Anteil der Briefwähler – er liegt bei über 8% der Wahlberechtigten (Landtagswahl 2001) – war die Aussagekraft der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik vermindert. Dieses Problem ist durch den neuen Paragraphen 54 a Abs. 1 Satz 2 LWahlG behoben worden: Nach dieser Vorschrift sind nun auch die Briefwähler in die repräsentative Wahlstatistik einzubeziehen. Die Wahrung des Wahlgeheimnisses für die Briefwähler wird dadurch gewährleistet, dass in den repräsentativen Stimmbezirken die Briefwahlstimmen mit den Urnenstimmen zusammengeführt und gemeinsam ausgezählt werden (§ 14 Abs. 3 LWahlG).

Der Vorteil der amtlichen repräsentativen Wahlstatistik gegenüber Wahluntersuchungen anderer Institute besteht zum einen in der sehr breiten Zahlenbasis: In die Auswertung zur Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht sind 155 000 Wahlberechtigte und damit rund 95 000 Wähler einbezogen; der Analyse zur Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht lagen über 60 000 Wahlberechtigte zugrunde.

Zum anderen wird in der repräsentativen Wahlstatistik nicht nur das „beabsichtigte“ oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete“ Wahlverhalten von Befragten untersucht, sondern das tatsächliche Verhalten von Wahlberechtigten bzw. Wählern. In den repräsentativen Stimmbezirken wird konkret festgestellt, wie viele Männer und wie viele Frauen aus der jeweiligen Altersgruppe gewählt haben und wie viele nicht. Anhand der abgegebenen Stimmzettel wird für die Wählerinnen und Wähler das tatsächliche Abstimmungsverhalten nach fünf Altersgruppen und dem Geschlecht ermittelt. Diese zuverlässigen Informationen über die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten sind für Bürger, Politik und Medien, aber auch für die Wahlforschungsinstitute von großem Interesse.

Die Wahlbeteiligung, die im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik mit einer Zwei-Prozent-Stichprobe ermittelt wurde, weicht um 0,8 Prozentpunkte (nach oben) von der bei der Landtagswahl 2001 tatsächlich gegebenen Wahlbeteiligung ab. Bei den Stimmenanteilen der Parteien und Wählergruppen, die aus einer Fünf-Prozent-Stichprobe hochgerechnet wurden, werden die tatsächlichen Anteile der beiden großen Parteien sehr gut getroffen. Bei der F.D.P. gibt es in der Stichprobe eine Abweichung um 0,3 Prozentpunkte nach unten, bei den GRÜNEN eine um 0,4 Prozentpunkte nach oben (siehe Tabelle im Anhang).

Bei der folgenden Untersuchung der Wahlbeteiligung und des Wählerverhaltens werden grundsätzlich die Werte zugrunde gelegt, die aus den Stichproben ermittelt wurden. Der Aussagewert ist zur Kennzeichnung der Zusammenhänge hinreichend genau.

Einfluss von Alter und Geschlecht auf die Wahlbeteiligung

Bei der Landtagswahl 2001 wurden erstmalig auch Briefwähler in die Auswertungen der repräsentativen Wahlstatistik einbezogen. Um Vergleiche mit den repräsentativen Auswertungen der früheren Wahlen vornehmen zu können, wird bei der Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht auch für die Landtagswahl 2001 mit der Wahlbeteiligung ohne Briefwähler gearbeitet. Dabei wird die Wahlbeteiligung etwas unterzeichnet, da die Gruppe der Briefwähler grundsätzlich ein überdurchschnittliches Wahlinteresse zeigt.¹⁾

Ohne die Briefwähler ergibt sich für die Stimmbezirke der Zwei-Prozent-Stichprobe eine Wahlbeteiligung von 59,3%. Dieser Wert errechnet sich folgendermaßen:

$$\frac{\text{Wähler mit Stimmvermerk im Wählerverzeichnis}}{\text{Wahlberechtigte ohne Wahlscheinvermerk}} \times 100$$

Es handelt sich hierbei also nur um die so genannten Urnenwähler, d. h. um die Wähler, die ihre Stimme in einem Wahllokal abgegeben haben. Ohne Berücksichtigung der Briefwähler wird die Wahlbeteiligung deshalb – wie ausgeführt – unterzeichnet.

Die Wahlbeteiligung mit Briefwählern ergibt sich wie folgt:

$$\frac{\text{Wähler mit Stimmvermerk im Wählerverzeichnis} + \text{Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk}}{\text{Wahlberechtigte insgesamt}} \times 100$$

Für die Wahlbeteiligung mit Briefwählern wird also unterstellt, dass alle Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk ihre Stimmen als Urnen- oder Briefwähler abgegeben haben. Unter dieser Annahme ergibt sich für die Stichprobenstimmbezirke eine Wahlbeteiligung von 62,9%. Diese leichte Überzeichnung könnte sich dadurch erklären, dass tatsächlich nicht alle Wahlscheininhaber auch ihre Stimme abgaben.

Dem Vorteil, durch die Berücksichtigung der Briefwähler einen besseren Überblick über die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zu haben, steht das Problem der Vergleichbarkeit mit früheren Wahlen gegenüber.

Eine Gegenüberstellung der beiden Berechnungsweisen für die Wahlbeteiligung zeigt, dass sich alters- und geschlechtsspezifisch gleichartige Strukturen ergeben. Deren Hauptpunkte sind:

- Unter 45-jährige Wählerinnen und Wähler haben sich in deutlich unterdurchschnittlichem Umfang an der Abstimmung beteiligt als Ältere. Nicht einmal jeder

Zweite der unter 35-Jährigen ging zur Wahl, der Tiefstpunkt liegt bei den 21- bis 24-Jährigen.

- Bei unter 25- und bei über 60-jährigen Frauen ist die Wahlbeteiligung geringer als bei gleichaltrigen Männern, während sie bei Wählerinnen mittleren Alters etwas höher liegt als bei Wählern.

Wahlbeteiligung der Wähler insgesamt¹⁾
bei der Landtagswahl 2001 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen
18 - 20	49,2	51,4	46,8
21 - 24	41,8	44,7	39,1
25 - 29	44,3	44,4	44,3
30 - 34	48,7	47,2	50,2
35 - 39	56,4	56,2	56,6
40 - 44	58,3	58,2	58,5
45 - 49	63,4	63,3	63,4
50 - 59	70,8	70,9	70,7
60 - 69	77,7	78,8	76,7
70 und älter	71,3	77,9	67,4
Insgesamt	62,9	63,5	62,4

1) Einschließlich Briefwähler.

Zu Vergleichszwecken mit der Wahlbeteiligung ohne Briefwahl siehe Tabelle im „Tabellenanhang“.

Starker Rückgang der Wahlbeteiligung

Bei der Wahl am 25. März 2001 war die Wahlbeteiligung auf den niedrigsten Stand seit der ersten Landtagswahl 1947 gesunken. Nur 62,1% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger hatten ihre Stimme abgegeben; das waren 8,7 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Bei einem solch kräftigen Rückgang – dem stärksten in der Wahlgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz – besteht natürlich ein besonderes Interesse an einer differenzierten Untersuchung der Wahlbeteiligung.

Deutlich geringeres Wahlinteresse der Jüngeren

In der Unterstichprobe wird die Wahlbeteiligung nach zehn Geburtsjahresgruppen ausgewertet. Die repräsentativen Untersuchungen bei den vergangenen Landtagswahlen seit 1967 haben gezeigt, dass es zwischen den verschiedenen Altersgruppen beträchtliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung gibt, die sich im Zeitablauf noch verschärft haben.

Seit der ersten Untersuchung 1967 ist ein Grundmuster zu beobachten:²⁾ Die geringste Wahlbeteiligung weisen stets die 21- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler auf. In allen folgenden Altersgruppen ist die Beteiligung höher als die der jeweils vorausgehenden, und zwar bis zu einem Maximum, das in der Regel von den 60- bis 69-Jährigen erreicht wird. Die Wahlbeteiligung bei den über 70-Jährigen ist dann wieder deutlich geringer. Außerdem ist zu beobachten, dass die Spann-

1) Anders im Abschnitt „Einfluss von Alter und Geschlecht auf die Wahlentscheidung“, wozu Ergebnisse ohne Briefwahl für 2001 nicht feststellbar sind.

2) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. Bad Ems 2001, S. 92 ff.

weite zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-Jährigen und der höchsten Wahlbeteiligung bei den 60- bis 69-Jährigen fast stetig zugenommen hat.

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 nach Altersgruppen¹⁾

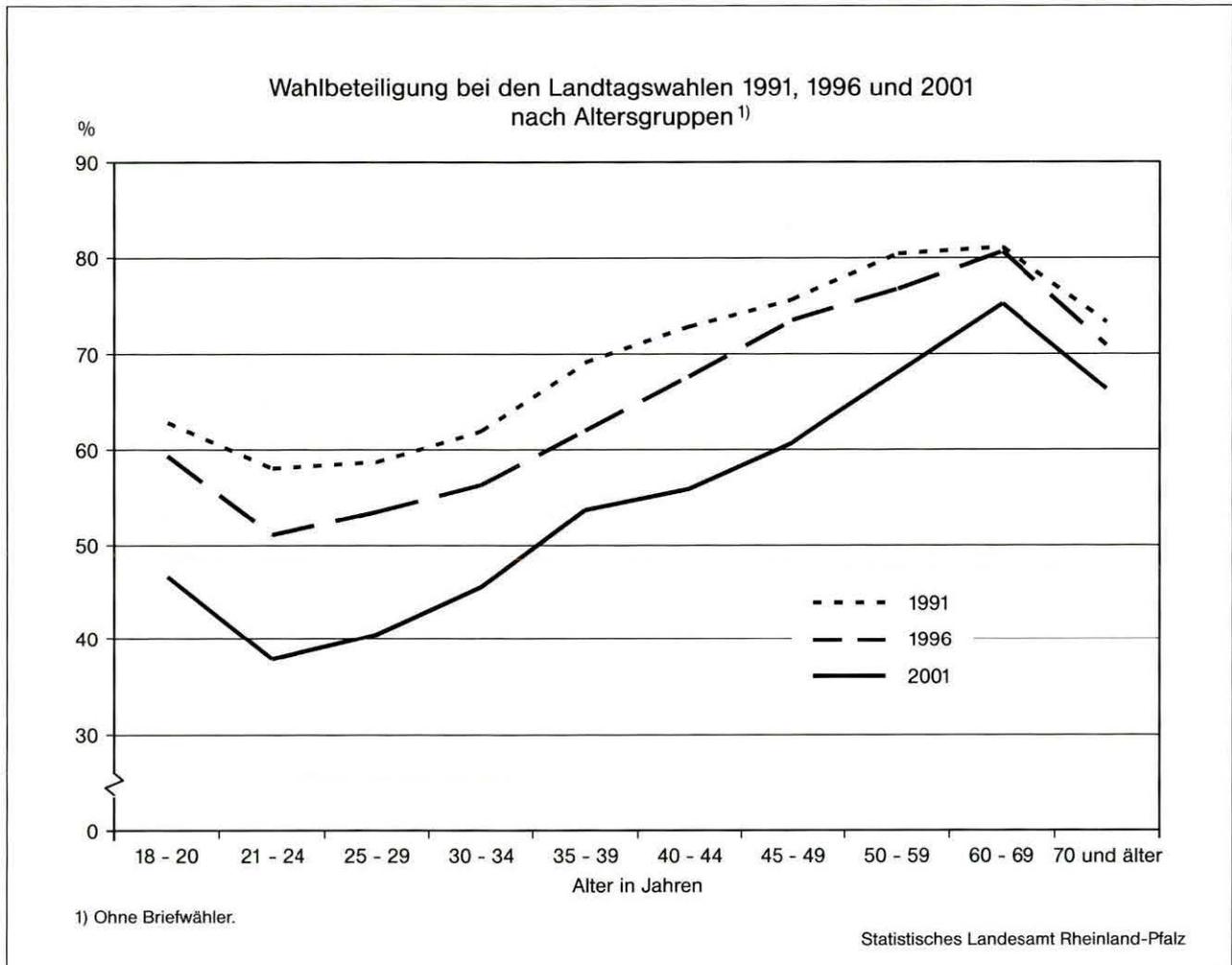
Alter in Jahren	Wahlbeteiligung			Veränderung	
	1991	1996	2001	1996 zu 1991	2001 zu 1996
	%			Prozentpunkte	
18 - 20	62,8	59,3	46,6	-3,5	-12,7
21 - 24	57,9	50,9	38,0	-7,0	-12,9
25 - 29	58,7	53,4	40,6	-5,3	-12,8
30 - 34	61,9	56,3	45,5	-5,6	-10,8
35 - 39	69,1	61,9	53,5	-7,2	-8,4
40 - 44	72,7	67,7	55,8	-5,0	-11,9
45 - 49	75,7	73,5	60,6	-2,2	-12,9
50 - 59	80,5	76,7	67,9	-3,8	-8,8
60 - 69	81,0	80,6	75,1	-0,4	-5,5
70 und älter	73,2	70,9	66,2	-2,3	-4,7
Insgesamt	71,3	67,9	59,3	-3,4	-8,6
Spannweite ²⁾	23,1	29,7	37,1	X	X

1) Ohne Briefwähler. - 2) Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Wert in Prozentpunkten.

An diesem Muster hat sich auch bei der Landtagswahl 2001 grundsätzlich nichts geändert. Die höchste Wahlbeteiligung erreichten auch 2001 mit deutlichem Abstand zu allen anderen Altersgruppen die 60- bis 69-Jährigen. In dieser Altersgruppe wurde eine Beteiligung von 75,1% erreicht; die Wählerinnen und Wähler dieser Altersgruppe lagen damit 15,8 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. Das niedrigste Wahlinteresse gab es mit 38% bei den 21- bis 24-Jährigen. In dieser Altersgruppe nähern wir uns einer Wahlbeteiligung von einem Drittel der Wahlberechtigten; sie lag damit über 21 Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert der Gesamtwähler.

In allen Altersgruppen ist das Wahlinteresse im Vergleich zur Landtagswahl 1996 stark gesunken. Auffällig ist allerdings die überproportionale Abnahme der Wahlbeteiligung bei den Jüngeren. Bei den Wählerinnen und Wählern unter 50 Jahren verringerte sich die Beteiligung durchschnittlich um rund 12 Prozentpunkte gegenüber 1996. Weniger stark nahm die Beteiligung bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern ab. Bei den 60- bis 69-Jährigen sank das Interesse an der Landtagswahl nur um 5,5 Prozentpunkte, bei den über 70-Jährigen um 4,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 1996.

Durch diese Entwicklung ist die Spannweite zwischen der niedrigsten Wahlbeteiligung bei den 21- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern und der höchsten bei



den 60- bis 69-Jährigen noch einmal kräftig angestiegen; sie liegt nun bei über 37 Prozentpunkten und ist damit um über sieben Prozentpunkte größer als 1996. Dies ist sicher der negativste Punkt der Wahlbilanz: Die Wahlbeteiligung dieser jungen Wähler weist nur einen halb so hohen Anteil aus wie bei den Älteren und sinkt auf einen Tiefpunkt. Während im Allgemeinen knapp zwei Drittel zur Wahl gingen, nähert sich der Nichtwähleranteil dieser jungen Gruppe der Zwei-Drittel-Marke; ein fraglos kritischer Punkt der Nichtteilnahme an der demokratischen Willensbildung. Wie schon vor der Wahl bei mehreren Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, sind die Folgen der zurückgehenden Wahlbeteiligung für die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staatswesens bisher nicht hinreichend untersucht. Das Thema Nichtwähler ist in der Wahlforschung eher stiefmütterlich behandelt worden. Die Literaturdecke ist im Vergleich zu anderen Themengebieten ausgesprochen dünn. Da die Teilnahme an Wahlen als Ausdruck für politische Partizipation begriffen werden muss, sollte das Nichtwählerverhalten durch spezielle Erhebungen hinterfragt und einer vertieften Analyse unterzogen werden.

Deutliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung nun auch bei den jüngeren Männern und Frauen

Die ersten repräsentativen Untersuchungen bei den Landtagswahlen 1967 und 1971 zeigten bezüglich der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern – über alle Altersgruppen hinweg betrachtet – deutliche Unterschiede.³⁾ Damals lag die Wahlbeteiligung der Männer um fast vier Prozentpunkte höher als die der Frauen. Zwischen 1975 und 1996 betrug der Unterschied dann zwischen 0,7 und 1,3 Prozentpunkte. Bei der Wahl am 25. März 2001 war die Beteiligung der Männer um 1,7 Prozentpunkte höher als die der Frauen; sie lag also oberhalb der Schwankungsbreite der vergangenen 25 Jahre.

Bei einer genaueren Betrachtung der Wahlbeteiligung der einzelnen Altersgruppen zeigen sich zwischen den Männern und den Frauen allerdings deutlichere und wachsende Unterschiede.

Bei den über 60-Jährigen hat die im Vergleich zu den Frauen wesentlich höhere Wahlbeteiligung der Männer schon Tradition; dieser Tatbestand ist seit der ersten Untersuchung 1967 zu beobachten. Diesmal ging zwar die Differenz bei den 60- bis 69-Jährigen von 3,9 Prozentpunkten bei den Landtagswahlen 1991 und 1996 auf nun 2,6 Prozentpunkte zurück. Dafür nahm aber der Unterschied bei den über 70-Jährigen von 10,5 Prozentpunkten im Jahr 1996 auf nun 12,5 Prozentpunkte zu.

Bemerkenswert ist, dass das Wahlinteresse erstmals auch bei den 18- bis 24-jährigen Männern deutlich höher war als bei den gleichaltrigen Frauen, und zwar um 5,5 Prozentpunkte bei den 18- bis 20-Jährigen und um 6,4 Prozentpunkte bei den 21- bis 24-Jährigen. Ein Blick auf die Differenzen zur Wahl 1996 zeigt, dass die Wahlbeteiligung in diesen beiden Altersgruppen bei den

Frauen sehr viel stärker abgenommen hat als bei den Männern. Mit einer Verringerung des Wahlinteresses um über 17 Prozentpunkte verzeichneten die 21- bis 24-jährigen Frauen bei der Landtagswahl 2001 den stärksten Rückgang überhaupt.

In den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren beteiligten sich dagegen die Frauen stärker als die Männer im gleichen Alter. Die Unterschiede waren

Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 nach Altersgruppen¹⁾

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung			Veränderung	
	1991	1996	2001	1996 zu 1991	2001 zu 1996
Männer					
18 - 20	63,9	60,3	49,3	-3,6	-11,0
21 - 24	57,5	49,9	41,2	-7,6	-8,7
25 - 29	59,2	53,7	41,0	-5,5	-12,7
30 - 34	62,4	56,2	44,0	-6,2	-12,2
35 - 39	68,9	61,1	53,3	-7,8	-7,8
40 - 44	71,7	67,5	55,6	-4,2	-11,9
45 - 49	75,9	73,3	60,5	-2,6	-12,8
50 - 59	81,1	77,2	68,2	-3,9	-9,0
60 - 69	83,2	82,6	76,4	-0,6	-6,2
70 und älter	78,1	77,7	74,1	-0,4	-3,6
Zusammen	71,8	68,6	60,2	-3,2	-8,4
Frauen					
18 - 20	61,7	58,2	43,8	-3,5	-14,4
21 - 24	58,3	51,9	34,8	-6,4	-17,1
25 - 29	58,2	53,0	40,3	-5,2	-12,7
30 - 34	61,4	56,4	47,1	-5,0	-9,3
35 - 39	69,3	62,7	53,7	-6,6	-9,0
40 - 44	73,7	67,9	56,0	-5,8	-11,9
45 - 49	75,4	73,8	60,8	-1,6	-13,0
50 - 59	79,8	76,2	67,5	-3,6	-8,7
60 - 69	79,3	78,6	73,8	-0,7	-4,8
70 und älter	70,5	67,2	61,6	-3,3	-5,6
Zusammen	70,8	67,3	58,5	-3,5	-8,8
Insgesamt	71,3	67,9	59,3	-3,4	-8,6

1) Ohne Briefwähler.

Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen nach Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001^{1) 2)}

Alter in Jahren	1991	1996	2001
	Prozentpunkte		
18 - 20	2,2	2,1	5,5
21 - 24	-0,8	-2,1	6,4
25 - 29	1,0	0,7	0,7
30 - 34	1,0	-0,2	-3,1
35 - 39	-0,4	-1,7	-0,4
40 - 44	-2,0	-0,4	-0,4
45 - 49	0,5	-0,5	-0,3
50 - 59	1,3	1,0	0,7
60 - 69	3,9	3,9	2,6
70 und älter	7,6	10,5	12,5
Insgesamt	1,0	1,3	1,7

1) Ohne Briefwähler - 2) Wahlbeteiligung Männer ./.. Wahlbeteiligung Frauen.

3) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. Bad Ems 2001, S. 96 ff.

Abweichung der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen nach Altersgruppen von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001¹⁾

Alter in Jahren	Männer			Frauen		
	1991	1996	2001	1991	1996	2001
	Prozentpunkte					
18 - 20	-7,4	-7,6	-10,0	-9,6	-9,7	-15,5
21 - 24	-13,8	-18,0	-18,1	-13,0	-16,0	-24,5
25 - 29	-12,1	-14,2	-18,3	-13,1	-14,9	-19,0
30 - 34	-8,9	-11,7	-15,3	-9,9	-11,5	-12,2
35 - 39	-2,4	-6,8	-6,0	-2,0	-5,2	-5,6
40 - 44	0,4	-0,4	-3,7	2,4	0,0	-3,3
45 - 49	4,6	5,4	1,2	4,1	5,9	1,5
50 - 59	9,8	9,3	8,9	8,5	8,3	8,2
60 - 69	11,9	14,7	17,1	8,0	10,7	14,5
70 und älter	6,8	9,8	14,8	-0,8	-0,7	2,3
Insgesamt	0,5	0,7	0,9	-0,5	-0,6	-0,8

1) Ohne Briefwähler.

hier allerdings nicht so stark ausgeprägt. Den größten Abstand zugunsten der Frauen gab es bei den 30- bis 34-Jährigen; in dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen um 3,1 Prozentpunkte höher als die der Männer. Ansonsten war der Vorsprung der Frauen nur sehr knapp.

Auch die Entwicklung der Abweichungen der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen von der landesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung ergibt für die Landtagswahl 2001 ein interessantes Bild. Bei dieser Landtagswahl war ähnlich wie bereits 1996 die Wahl-

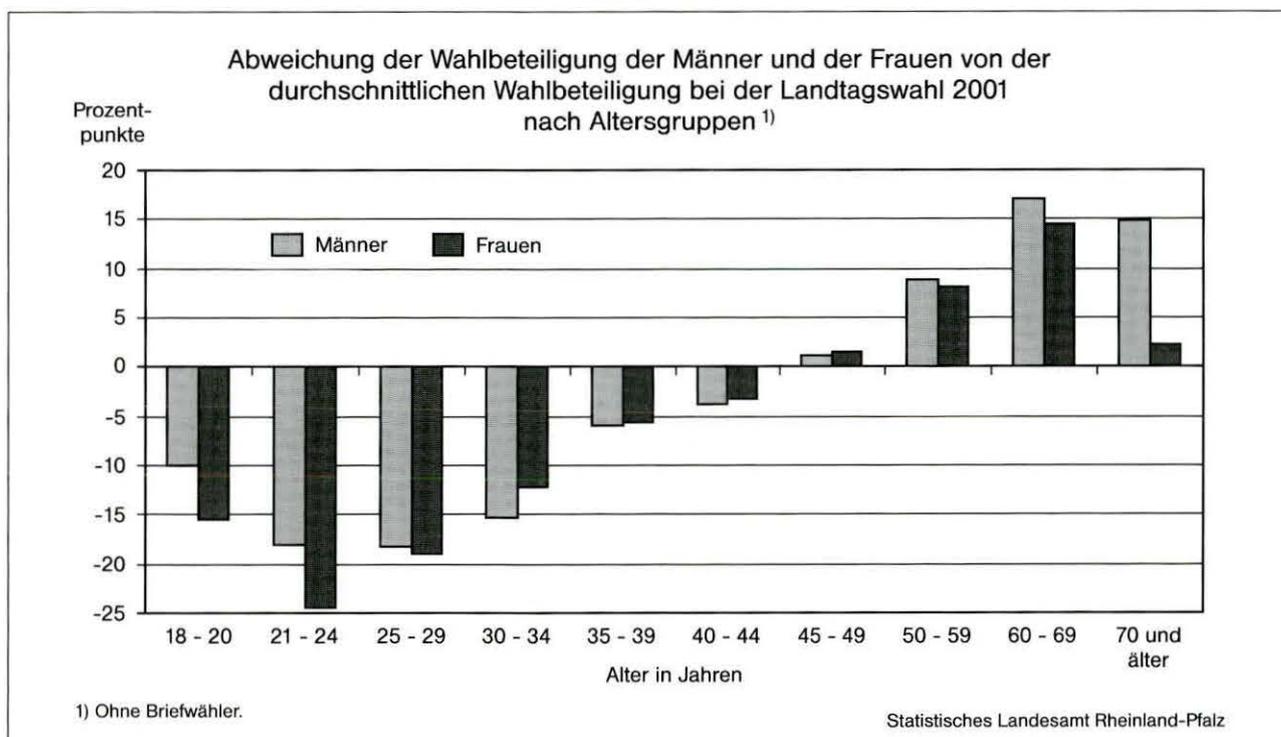
4) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. Bad Ems 2001.

beteiligung bei den 18- bis 39-jährigen Männern deutlich unterdurchschnittlich; am stärksten unter der landesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung lagen mit mehr als 18 Prozentpunkten die 25- bis 29-jährigen Männer. Nennenswert unter dem Durchschnitt liegen nun zusätzlich auch die 40- bis 44-jährigen Männer und Frauen. Mit Abstand am deutlichsten weichen die 21- bis 24-jährigen Frauen nach unten vom Landesdurchschnitt ab, und zwar um rund 25 Prozentpunkte. Am höchsten über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung liegen – wie 1996 und auch schon 1991 – die 60- bis 69-jährigen Männer; 2001 betrug die positive Abweichung dieser Altersgruppe über 17 Prozentpunkte.

Die sehr unterschiedliche Wahlbeteiligung bei Jüngeren und Älteren wird durch die Angabe der „durchschnittlichen“ Wahlbeteiligung – mit über 62% schon schwächer denn je – in ihrer eigentlichen negativen Wirkung noch verdeckt. Die altersspezifischen Verhaltensweisen bei einem Nichtwähleranteil von fast 60% der 21- bis 24-Jährigen und einer Nichtbeteiligung jedes Zweiten der unter 35-Jährigen lassen die in einer Demokratie unerlässliche Partizipation vermissen.

Wie bereits in der Studie „Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001“⁴⁾ eingehend dargestellt, überlagert das Nichtwählerverhalten die Wahlergebnisse der Parteien; ebenso finden die Hinweise, dass die Mobilisierung des eigenen Wählerpotenzials bzw. das Nichtwählerverhalten zugunsten oder zuungunsten der jeweiligen Parteien zum wahlentscheidenden Faktor wird, eine volle Bestätigung.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch Längsschnittuntersuchungen, bei denen die Entwicklung der Wahlbeteiligung für eine Jahrgangsgruppe von Landtagswahl zu Landtagswahl verfolgt wird. Das Wahlinteresse eines Geburtsjahrgangs sinkt von Wahl zu Wahl. Wegen des unterschiedlichen Zuschnitts der Altersgruppen wird hier nur die Entwicklung der Wahlbe-



teiligung von vier Gruppen über die Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 betrachtet, und zwar für die Jahrgänge 1952 bis 1956, 1957 bis 1961, 1962 bis 1966 und eingeschränkt für die Gruppe 1967 bis 1971. Diese Untersuchung ist natürlich etwas ungenau, weil sich die Zusammensetzung der Jahrganggruppen durch Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) und durch Sterbefälle im Zeitablauf verändert.

Die Wählerinnen und Wähler der Jahrgänge 1952 bis 1956 waren bei der Landtagswahl 1991 zwischen 35 und 39 Jahre alt, 1996 zählten sie zur Altersgruppe der 40- bis 44-Jährigen und 2001 zur Gruppe der 45- bis 49-Jährigen. In dieser Jahrganggruppe nahm die Beteiligung bei der Wahl 1996 gegenüber 1991 um 1,4 Prozentpunkte ab; 2001 ging die Wahlbeteiligung in dieser Gruppe mit 7,1 Prozentpunkten noch deutlicher zurück. In dieser Gruppe gab es im Übrigen so gut wie keinen Unterschied zwischen dem Wahlinteresse der Männer und dem der Frauen.

Für die Jahrganggruppe 1957 bis 1961, die 1991 zur Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen, 1996 zur Gruppe der 35- bis 39-Jährigen und 2001 zu den 40- bis 44-Jährigen gehörte, ergab sich 1991 und 1996 die gleiche Wahlbeteiligung; 2001 lag die Beteiligung dann um 6,1 Prozentpunkte niedriger als 1996. Dieser Rückgang wurde in stärkerem Maße durch die Frauen als durch die Männer verursacht.

Für die Jahrganggruppe 1962 bis 1966, die bei der Landtagswahl 1991 zur Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen, 1996 zu den 30- bis 34-Jährigen und 2001 zu

den 35- bis 39-Jährigen zählte, lässt sich eine Abnahme der Wahlbeteiligung – ausgehend von 58,7% bei der Landtagswahl 1991 über 56,3% bei der Wahl 1996 auf 53,5% bei der Wahl 2001 – beobachten. Auch in dieser Wählergruppe verstärkt sich also das Desinteresse an Wahlen, allerdings nicht so stark wie in den beiden vorangehenden Jahrganggruppen. Sowohl 1996 als auch 2001 ist die Wahlbeteiligung in dieser Jahrganggruppe bei den Männern etwas stärker zurückgegangen als bei den Frauen.

In die Jahrganggruppe 1967 bis 1971 fielen bei der Landtagswahl 2001 die 30- bis 34-Jährigen und bei der Landtagswahl 1996 die 25- bis 29-Jährigen. Für die Landtagswahl 1991 ist nur noch die Wahlbeteiligung für die Jahrganggruppe 1967 bis 1970 verfügbar; das Geburtsjahr 1971 zählte bei dieser Wahl zur Gruppe der 18- bis 20-Jährigen. Wenn man die Wahlbeteiligung der 21- bis 24-Jährigen 1991 als Näherungswert für die Gruppe 1967 bis 1971 akzeptiert, dann stellt man für diese Jahrganggruppe den stärksten Rückgang von allen untersuchten Gruppen fest. Sie ist 1996 gegenüber 1991 zunächst um 4,5 Prozentpunkte und 2001 dann noch einmal um 7,9 Prozentpunkte gesunken. An dem Rückgang von der Wahl 1991 zur Wahl 1996 waren die Frauen in deutlich stärkerem Maße als die Männer beteiligt; 2001 verhielt es sich dann genau umgekehrt.

In allen untersuchten Jahrganggruppen ist die Wahlbeteiligung zwischen 1991 und 2001 also zurückgegangen. In allen Gruppen war der Rückgang von der Wahl 1996 zur Wahl 2001 größer als von der Wahl 1991 zur Wahl 1996.

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 nach Geschlecht und Geburtsjahrganggruppen¹⁾

Geburtsjahrganggruppe	Wahlbeteiligung			Veränderung	
	1991	1996	2001	1996 zu 1991	2001 zu 1996
	%			Prozentpunkte	
Insgesamt					
1967-1971 ²⁾	57,9	53,4	45,5	-4,5	-7,9
1962-1966	58,7	56,3	53,5	-2,4	-2,8
1957-1961	61,9	61,9	55,8	0,0	-6,1
1952-1956	69,1	67,7	60,6	-1,4	-7,1
Männer					
1967-1971 ²⁾	57,5	53,7	44,0	-3,8	-9,7
1962-1966	59,2	56,2	53,3	-3,0	-2,9
1957-1961	62,4	61,1	55,6	-1,3	-5,5
1952-1956	68,9	67,5	60,5	-1,4	-7,0
Frauen					
1967-1971 ²⁾	58,3	53,0	47,1	-5,3	-5,9
1962-1966	58,2	56,4	53,7	-1,8	-2,7
1957-1961	61,4	62,7	56,0	1,3	-6,7
1952-1956	69,3	67,9	60,8	-1,4	-7,1

1) Ohne Briefwähler. – 2) Bei der Wahl 1991 Geburtsjahrganggruppe 1967-1970.

Einfluss von Alter und Geschlecht auf die Wahlentscheidung

Von besonderem Interesse sind auch Anhaltspunkte zur alters- und geschlechtsspezifischen Struktur der Wählerschaft der Parteien. Neben den Zusammenhängen zwischen demographischen, sozialen sowie ökonomischen Merkmalen und dem Wahlverhalten⁵⁾ wird hier nun Alter und Geschlecht als bedeutende Konfliktlinie zur Wahlentscheidung beschrieben.

Da die repräsentative Wahlstatistik bei früheren Landtagswahlen die Briefwähler nicht einbezog, ergeben sich bei Vergleichen – unterschiedliches Wahlverhalten der Briefwähler gegenüber den Wählern insgesamt unterstellt – gewisse Unsicherheiten, ohne dass dadurch die Grundaussage in Frage steht.

5) Vgl. Böckmann, Ludwig; Huege, Petra; Kirsche, Thomas; Kollmar, Helmut: Die Wahl zum 14. Landtag Rheinland-Pfalz am 25. März 2001 – Ergebnisse und erste Analysen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 4/2001, S. 65 ff.

SPD erstmals auch bei Frauen stärkste Partei

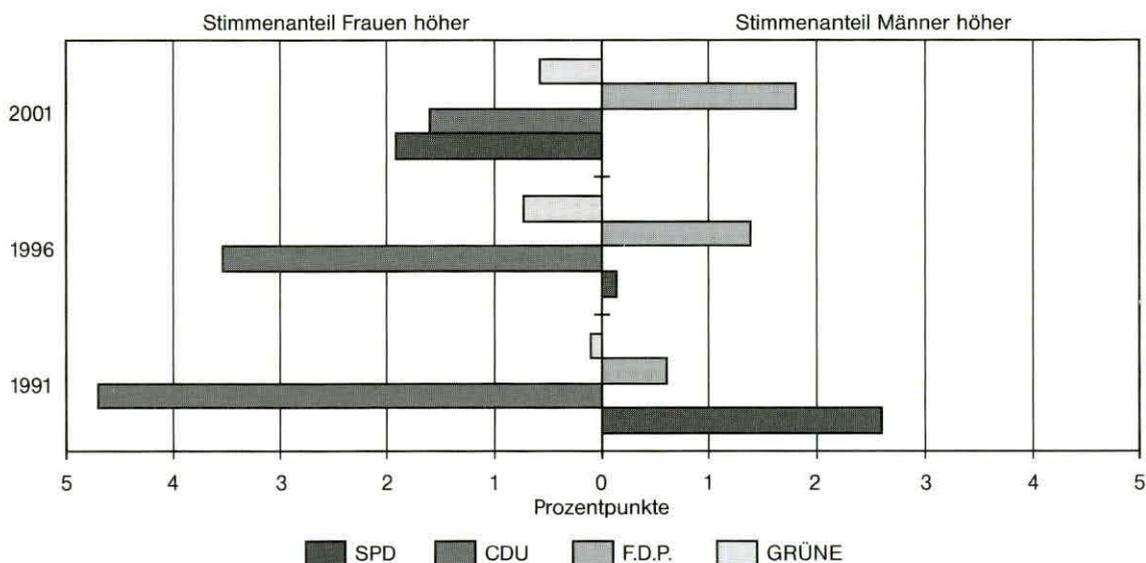
Die Landtagswahl am 25. März 2001 war durch einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung, durch einen deutlichen Anstieg des Stimmenanteils der SPD und durch unterschiedlich starke Rückgänge der Stimmenanteile von CDU, F.D.P. und GRÜNEN geprägt.

Bei der Landtagswahl 2001 erreichte die SPD bei Frauen mit 45,6% sogar einen noch höheren Stimmenanteil als bei Männern (43,7%). Schon vor fünf Jahren konnten die Sozialdemokraten bei Wählerinnen und Wählern mit jeweils rund 40% den gleichen Stimmenanteil erreichen. Davor fanden die Sozialdemokraten bei den Wählern immer stärkeren Anklang als bei den Wählerinnen.

Stimmabgabe bei den Landtagswahlen 1967 bis 2001 nach Geschlecht

Wahljahr	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							Von 100 Stimmen waren ungültig
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige			
					zusammen	darunter		
					FWG	REP		
Insgesamt								
1967	37,4	46,3	8,0	-	8,4	-	-	1,5
1971	40,8	49,7	5,8	-	3,7	-	-	1,3
1975	38,9	53,6	5,5	-	2,0	-	-	1,0
1979	42,6	50,1	6,1	-	1,2	-	-	1,3
1983	39,9	51,7	3,7	4,3	0,5	-	-	1,1
1987	39,2	45,1	7,2	5,6	2,9	-	-	1,5
1991	44,8	38,4	7,1	6,3	3,3	-	1,2	1,8
1996	40,1	38,9	8,8	6,6	5,7	-	3,4	2,4
2001	44,7	35,2	7,5	5,6	7,0	2,2	2,7	2,3
Männer								
1967	41,2	39,0	8,2	-	11,5	-	-	1,6
1971	43,3	45,3	6,2	-	5,2	-	-	1,4
1975	40,7	51,0	5,5	-	2,8	-	-	1,0
1979	44,3	47,9	6,1	-	1,8	-	-	1,4
1983	40,2	50,4	3,8	4,9	0,6	-	-	1,0
1987	39,9	43,1	7,7	5,8	3,6	-	-	1,4
1991	46,2	36,0	7,4	6,3	4,2	-	2,9	1,7
1996	40,1	37,0	9,5	6,3	7,1	-	4,8	2,2
2001	43,7	34,4	8,5	5,3	8,2	2,4	3,7	1,9
Frauen								
1967	34,2	52,6	7,7	-	5,5	-	-	1,4
1971	38,6	53,6	5,4	-	2,3	-	-	1,2
1975	37,2	56,0	5,5	-	1,2	-	-	1,0
1979	41,1	52,0	6,2	-	0,7	-	-	1,3
1983	39,7	52,8	3,5	3,7	0,3	-	-	1,2
1987	38,5	47,0	6,8	5,5	2,1	-	-	1,5
1991	43,6	40,7	6,8	6,4	2,5	-	1,3	1,9
1996	40,0	40,6	8,1	7,0	4,3	-	2,1	2,5
2001	45,6	36,0	6,7	5,9	5,9	2,0	1,7	2,6

Differenz zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei Frauen und bei Männern 1991, 1996 und 2001



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die CDU erhielt bei der jetzigen Landtagswahl, wie auch in früheren Wahlen, mit 36% bei den Wählerinnen zwar immer noch einen höheren Stimmenanteil als bei den Männern, die nur zu 34,4% den Christdemokraten ihre Stimme gaben. Gegenüber 1996 verlor die CDU aber bei Frauen mit einem Rückgang um 4,6 Prozentpunkte deutlich stärker als bei Männern, bei denen der Stimmenanteil nur um 2,6 Prozentpunkte zurückging. Damit setzte sich der langfristige Trend bei den Wählerinnen, die zu einem immer geringeren Anteil für die CDU stimmten, fort. Bis 1983 hatte immer mehr als die Hälfte der Frauen die CDU gewählt. Bereits 1987 erreichte die Partei allerdings nur noch 47% der weiblichen Wähler, 1991 belief sich der Anteil auf weniger als 41%.

Die F.D.P. fand seit 1967 fast immer mehr männliche als weibliche Wähler, wobei die Unterschiede wegen des insgesamt niedrigeren Stimmenanteils geringer waren. Auch bei der jetzigen Wahl gaben Männer anteilmäßig (8,5%) den Liberalen häufiger ihre Stimme als Frauen, von denen 6,7% für diese Partei votierten. Gegenüber der Landtagswahl 1996 ging der Anteil bei Männern um einen Prozentpunkt, bei Wählerinnen um 1,4 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN, die bei ihren ersten Wahlteilnahmen 1983 und 1987 bei den Männern mehr Anklang fanden als bei den Frauen bzw. 1991 bei beiden Geschlechtern in etwa gleiche Werte erzielten, erreichten seitdem bei den Wählern geringere Stimmenanteile als bei den Wählerinnen. Auch bei der Wahl am 25. März 2001 wählten nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik die Frauen mit 5,9% etwas häufiger die GRÜNEN als Männer (5,3%).

Bei den über 60-Jährigen liegen SPD und CDU zum ersten Mal fast gleichauf

Die Teilnahme an den zurückliegenden Landtagswahlen war bei jüngeren und älteren Wählerinnen und Wählern immer sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die seit langem stark rückläufige Wahlbeteiligung hat, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Umfang, inzwischen alle Altersgruppen erfasst. Ebenso sind auch bei den verschiedenen Altersgruppen Änderungen in der Wahl „ihrer“ Partei zu beobachten. Da die steigende Zahl älterer Menschen und deren immer noch wesentlich höhere Wahlbeteiligung einen gewissermaßen „überdurchschnittlichen“ Einfluss auf das Wahlergebnis haben, kommt dem Wahlverhalten Älterer eine gestiegene Bedeutung zu.

Die Frage, in welcher der untersuchten Altersgruppen eine Partei im Zeitablauf den größten Zuspruch gefunden hat, ist nicht immer eindeutig zu beantworten. Im Verlauf der verschiedenen Wahlen sind Veränderungen in der Stärke, aber auch in der Richtung zu beobachten.⁶⁾

In früheren Wahlen lagen die Sozialdemokraten bei den über 60-jährigen Wählern immer sehr deutlich unter dem Anteilsergebnis der CDU. Erstmals waren bei der jetzigen Landtagswahl die Ergebnisse der beiden Parteien in dieser Altersgruppe mit 43,2% für SPD und 43,7% für CDU etwa gleich. Dabei gewannen die Sozialdemokraten gegenüber 1996 fast fünf Prozentpunkte hinzu, während die Christdemokraten 3,5 Prozentpunkte verloren und damit in dieser Altersgruppe ihr schlechtestes Ergebnis erzielten. Noch 1987 gaben mehr als die Hälfte (51,7%) der Älteren der CDU ihre Stimme, auch beim Regierungswechsel 1991 wählten von den über 60-Jährigen noch knapp 49% die CDU und nicht ganz 41% die Sozialdemokraten. Ein Schwerpunkt für diese Veränderungen ist im Wahlverhalten äl-

6) Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch die Tabellen im Tabellenanhang, S. 122 ff.

Wahlbeteiligung¹⁾ und Stimmabgabe bei der Landtagswahl 2001 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf						
			SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige		
							zusammen	darunter	
				FWG	REP				
Insgesamt									
18 - 24	44,6	1,3	37,1	31,1	10,2	8,7	12,9	2,6	5,0
25 - 34	46,9	1,1	42,6	29,0	8,4	9,5	10,5	3,0	3,9
35 - 44	57,4	1,4	47,3	27,3	6,3	10,5	8,6	3,0	3,0
45 - 59	67,9	2,0	47,5	32,5	7,9	5,3	6,9	2,5	2,6
60 und älter	74,5	3,4	43,2	43,7	7,3	1,6	4,3	1,4	1,9
Insgesamt	62,9	2,3	44,7	35,2	7,5	5,6	7,0	2,2	2,7
Männer									
18 - 24	47,3	1,1	36,0	30,2	11,3	8,1	14,3	2,7	6,6
25 - 34	46,1	1,1	41,3	29,8	9,8	8,1	11,0	2,9	5,2
35 - 44	57,2	1,3	46,6	27,7	7,1	9,2	9,4	3,1	4,0
45 - 59	67,9	1,8	46,6	32,0	8,4	5,1	7,8	2,6	3,5
60 und älter	78,4	2,8	42,0	42,4	8,4	1,6	5,6	1,6	2,7
Zusammen	63,5	1,9	43,7	34,4	8,5	5,3	8,2	2,4	3,7
Frauen									
18 - 24	41,9	1,5	38,4	32,1	8,9	9,4	11,3	2,4	3,3
25 - 34	47,8	1,1	43,9	28,2	6,9	10,9	10,1	3,1	2,6
35 - 44	57,6	1,6	48,0	26,9	5,5	11,8	7,8	3,0	2,0
45 - 59	68,0	2,2	48,4	32,9	7,3	5,5	5,9	2,3	1,6
60 und älter	71,6	3,8	44,2	44,7	6,4	1,6	3,1	1,1	1,2
Zusammen	62,4	2,6	45,6	36,0	6,7	5,9	5,9	2,0	1,7

1) Einschließlich Briefwähler.

terer Frauen zu finden. Wählerinnen dieses Alters gaben vor fünf Jahren noch rund zur Hälfte ihre Stimme den Christdemokraten und zu gut 38% der SPD. Am 25. März 2001 votierten jetzt 44,7% der über 60-jährigen Wählerinnen für die CDU, gut fünf Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Für die SPD stimmten 44,2% dieser Wählerinnen, ein Anstieg des Stimmenanteils um über sechs Prozentpunkte. Bei den Wählern dieser Altersgruppe kam bei der jetzigen Wahl die CDU auf 42,4%, die SPD erreichte mit 42% fast den gleichen Prozentsatz.

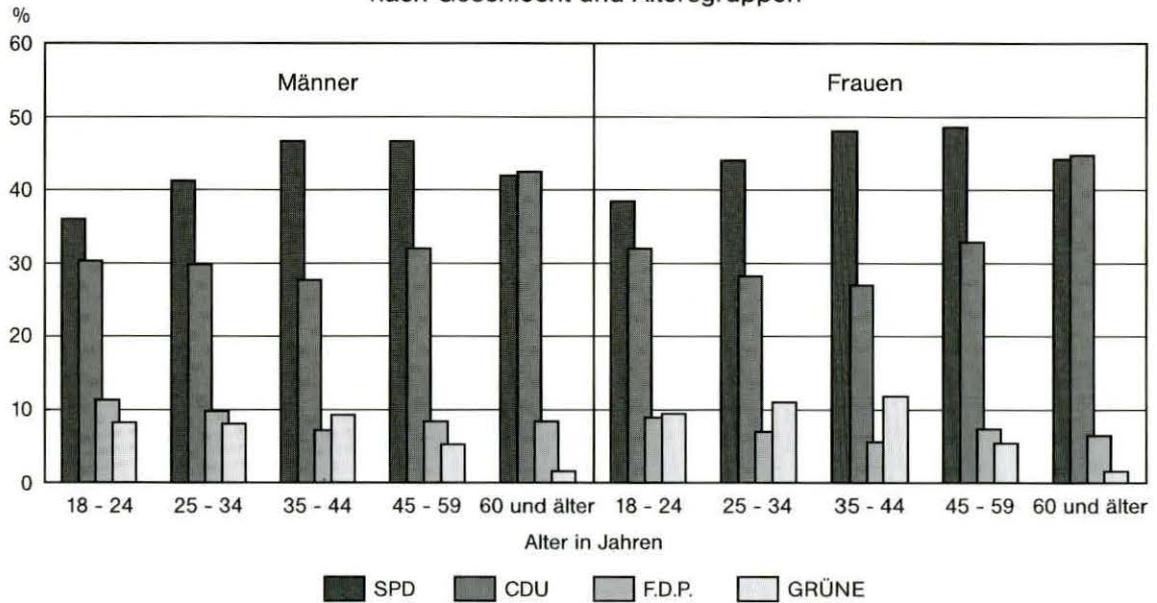
Bei der aktuellen Wahl schnitt die F.D.P. bei den über 60-jährigen Wählern mit einem Anteil von 8,4% um zwei Prozentpunkte besser ab als bei den gleichaltrigen Wählerinnen; die Liberalen mussten allerdings bei beiden Geschlechtern Rückgänge der Anteilswerte hinnehmen. Die GRÜNEN verzeichneten mit einem Stimmenanteil von jeweils 1,6% bei älteren Wählerinnen und Wählern das gleich schwache Ergebnis.

Die größten Verschiebungen zwischen den beiden großen Parteien gab es in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen. Wählten 1996 noch gut 41% die SPD und 39% die CDU (Differenz: 2,4 Prozentpunkte), so lagen die Anteile bei der jetzigen Wahl mit 47,5 bzw. 32,5% um 15 Prozentpunkte auseinander. Auch in diesem Fall spielten die Veränderungen bei den Wählerinnen dieser

Altersgruppe die wichtigere Rolle. Bei den Männern fanden sich Verschiebungen der Anteilswerte zwischen CDU und SPD in der Größenordnung von rund fünf Prozentpunkten, bei den Frauen von fast acht Prozentpunkten. In der gleichen Altersgruppe verzeichneten die Liberalen bei der Landtagswahl am 25. März 2001 die größten Anteilseinbußen (-2,6 Prozentpunkte) gegenüber 1996, wobei der Rückgang bei den Wählerinnen stärker ausfiel als bei den Wählern. Dagegen konnten die GRÜNEN bei den 45- bis 59-Jährigen ihren Stimmenanteil verbessern, bei Männern von 3,6 auf 5,1% und bei Frauen von 4,1 auf 5,5%.

Der seit 1991 in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen zu beobachtende deutliche Abstand zwischen der führenden SPD und der an zweiter Stelle liegenden CDU hat sich nun noch wesentlich vergrößert, sodass jetzt zwischen den Sozialdemokraten mit einem Anteil von 47,3% und den Christdemokraten, die nur noch 27,3% der Wähler dieser Altersgruppe gewinnen konnten, eine Kluft von 20 Prozentpunkten besteht. Im Vergleich mit der Wahl vor fünf Jahren büßte die CDU beim Stimmenanteil der Wähler 3,5 Prozentpunkte, bei dem der Wählerinnen sogar 5,8 Prozentpunkte ein, während die SPD am 25. März 2001 bei Männern um 2,9 und bei Frauen um 4,4 Prozentpunkte besser abschnitt als 1996. Die F.D.P. erreichte in dieser Altersgruppe 7,1% der Wähler und 5,5% der Wählerinnen, womit auch hier der

Stimmabgabe bei der Landtagswahl 2001 nach Geschlecht und Altersgruppen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Rückgang bei den Frauen etwas stärker ausfiel als bei den Männern. Die GRÜNEN schnitten bei der letzten Wahl in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen ebenfalls geringfügig schlechter ab als 1996, dabei fiel der Anteilsrückgang mit 1,2 Prozentpunkten bei den Wählern höher aus als bei den Wählerinnen.

Die 25- bis 34-Jährigen gaben bei der jetzigen Wahl zu 42,6% den Sozialdemokraten und zu 29% den Christdemokraten ihre Stimme. Dabei bevorzugten Wähler mit 41,3% die SPD, 29,8% gaben ihre Stimme der CDU. Für Wählerinnen lagen die vergleichbaren Werte bei 43,9 bzw. 28,2%. Die Rückgänge gegenüber 1996 lagen für die CDU im Bereich von 2,6 Prozentpunkten bei Männern und 2,2 Prozentpunkten bei Frauen. Die Sozialdemokraten konnten jeweils rund drei Prozentpunkte hinzugewinnen.

In dieser Altersgruppe verzeichneten die Freien Demokraten bei der jetzigen Abstimmung gegenüber der vorangegangenen Wahl bei Wählern einen höheren Stimmenanteil (+1,6 Prozentpunkte) und erreichten mit 9,8% ein überdurchschnittliches Ergebnis, während bei den Wählerinnen ein nur geringfügiger Zuwachs nicht ausreichte, um auf das Landesergebnis der Partei zu kommen. Die GRÜNEN büßten gegenüber 1996 an ihrem Stimmenanteil bei den Wählerinnen fast fünf Prozentpunkte ein, lagen aber mit 10,9% noch deutlich über dem Landesergebnis der Partei. Bei den Wählern ging der Anteilswert um 4,1 Prozentpunkte auf jetzt 8,1% zurück.

Bei den Jungwählern unter 25 Jahren verlor die CDU im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren insgesamt fünf Prozentpunkte und erreichte jetzt 31,1%. Die Verluste der Christdemokraten sind in dieser Altersgruppe vor allem auf die starke Anteilsabnahme (-6,5 Prozent-

punkte) bei den Wählern auf nunmehr 30,2% zurückzuführen, während der Stimmenanteil bei den Wählerinnen nur um 3,5 Prozentpunkte auf jetzt 32,1% zurückging. Die SPD erhielt in dieser Altersgruppe bei den Männern in der aktuellen Wahl 36% der Stimmen, bei den Frauen 38,4%, das waren 4,7 bzw. 4,5 Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren.

Die Liberalen schnitten bei den Jungwählern besser ab als in den übrigen Altersklassen. Bei den Männern gaben 11,3%, bei den Frauen 8,9% der F.D.P. am 25. März 2001 ihre Stimme. Im Vergleich mit 1996 haben sich die Stimmenanteile um rund zwei bzw. um einen Prozentpunkt erhöht. Demgegenüber verzeichneten die GRÜNEN 2001 starke Einbußen bei den Stimmenanteilen der jüngeren Wähler. Wählten 1996 noch fast 16% der unter 25-jährigen Wählerinnen diese Partei, waren es bei der jetzigen Wahl nur noch 9,4%, ein Rückgang um mehr als sechs Prozentpunkte. Bei den Wählern fiel die Abnahme mit einem Minus von 3,6 Prozentpunkten etwas geringer aus, der Stimmenanteil beträgt jetzt noch 8,1%.

Die Hälfte aller CDU-Wählerinnen ist älter als 60 Jahre

Ergänzend zu der Darstellung der Anteile der Parteien in den einzelnen Altersgruppen lassen sich in der repräsentativen Wahlstatistik auch Altersstrukturen für die Wähler der jeweiligen Partei darstellen. Vergleiche mit der Altersgliederung der Wahlberechtigten oder der Gesamtwählerschaft zeigen, ob eine Partei alle Wählerschichten gleichermaßen ansprechen konnte oder ob ihre Wählerschaft jünger oder älter als im Durchschnitt ist.

Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten, der Wählerschaft insgesamt sowie der Wähler der Parteien bei der Landtagswahl 2001

Alter in Jahren	Von 100 Wahlberechtigten entfielen auf die jeweilige Altersgruppe ¹⁾	Von 100 Stimmen der ... entfielen auf die jeweilige Altersgruppe							
		Wähler insgesamt ¹⁾	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige		
							zusammen	darunter	
								FWG	REP
Insgesamt									
18 - 24	8,1	5,8	4,9	5,2	7,9	9,2	10,8	6,8	11,0
25 - 34	14,6	11,4	11,0	9,5	12,8	19,7	17,5	15,5	16,7
35 - 44	21,0	19,2	20,5	15,0	16,2	36,4	23,9	26,4	21,8
45 - 59	23,7	25,2	26,9	23,3	26,3	24,0	24,8	28,1	24,2
60 und älter	32,6	38,3	36,6	47,0	36,7	10,8	23,1	23,1	26,3
Männer									
18 - 24	8,4	6,4	5,3	5,7	8,6	9,9	11,3	7,2	11,4
25 - 34	15,5	11,9	11,3	10,4	13,9	18,3	16,2	14,4	16,8
35 - 44	22,3	20,2	21,7	16,4	16,9	35,4	23,3	25,9	21,7
45 - 59	24,8	26,4	28,2	24,6	26,2	25,7	25,1	28,8	24,7
60 und älter	29,0	35,2	33,5	43,0	34,4	10,7	24,1	23,8	25,4
Frauen									
18 - 24	7,8	5,3	4,5	4,8	7,2	8,6	10,3	6,4	10,4
25 - 34	13,8	11,0	10,8	8,8	11,6	20,8	19,1	16,9	16,6
35 - 44	19,9	18,4	19,5	13,8	15,4	37,3	24,6	27,0	21,9
45 - 59	22,6	24,1	25,7	22,1	26,5	22,6	24,3	27,4	23,1
60 und älter	36,0	41,2	39,5	50,5	39,3	10,8	21,8	22,4	28,0

1) Einschließlich Briefwähler.

Die zahlenmäßig dominierende Altersgruppe bei den Wahlberechtigten sind die über 60-Jährigen, die bei der jetzigen Wahl einen Anteil von fast einem Drittel ausmachten. Wegen der in dieser Gruppe überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von fast 75% stellten die über 60-Jährigen sogar mehr als 38% aller Wähler. Bedingt durch die Unterschiede in der Altersgliederung der beiden Geschlechter waren bei der vergangenen Wahl 29% der wahlberechtigten Männer 60 Jahre und älter, bei den Frauen lag der Anteil mit 36% noch wesentlich höher. Auch in der Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe (Männer: 78,4%, Frauen: 71,6%) zeigten sich deutliche Unterschiede. 35,2% der Wähler und 41,2% der Wählerinnen gehörten zu den über 60-Jährigen.

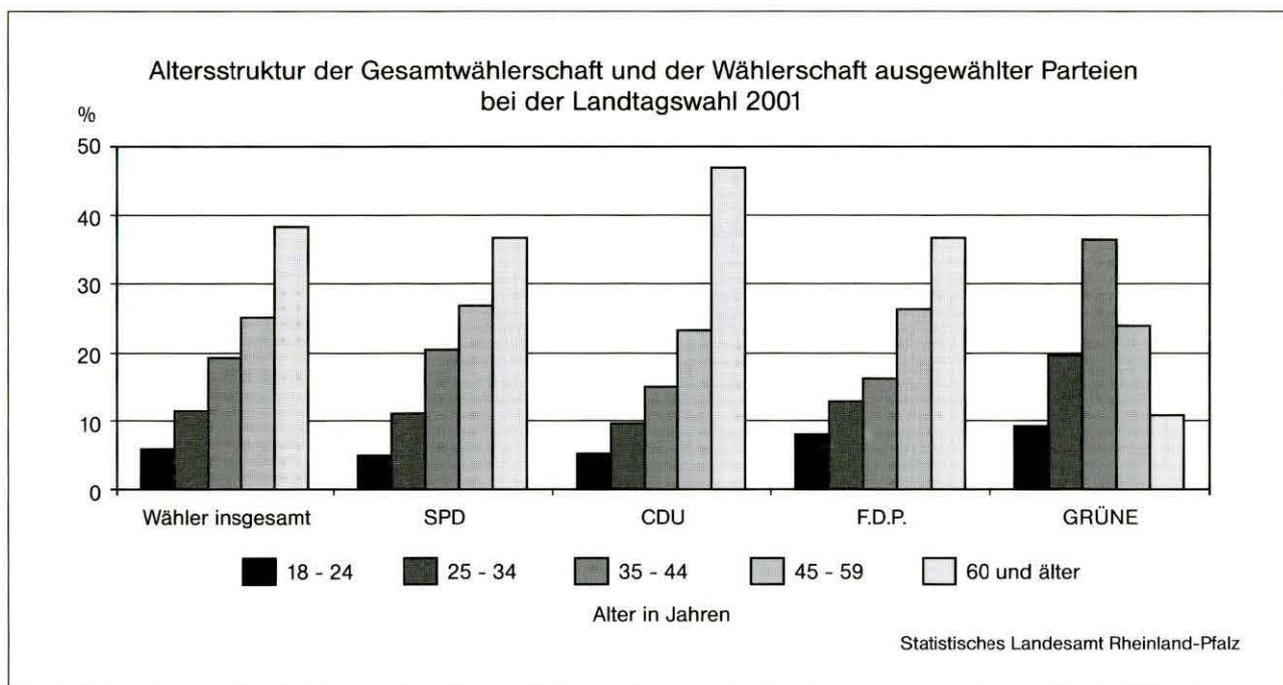
Bei den SPD-Wählern waren 33,5% in diesem Alter, bei den Wählerinnen 39,5%. Damit zeigten sich für beide Geschlechter etwas unter dem Durchschnitt dieser Altersgruppe liegende Anteilswerte der SPD.

Anders sah die Lage bei den Wählern und Wählerinnen aus, die der CDU ihre Stimme gaben. In deren männlicher Wählerschaft gehörten 43% zu den Älteren, bei den Wählerinnen der Partei war sogar gut jede Zweite 60 Jahre und älter. Bei beiden Parteien zeigten sich im Vergleich mit 1996 sowohl für Männer als auch für Frauen steigende Anteile der Älteren und damit eine zunehmende Bedeutung dieser Altersgruppe. Für die Liberalen votierende Männer und Frauen gehörten im Vergleich mit der jeweiligen Gesamtwählerschaft dieser Altersgruppe in etwas geringerem Umfang zu den über 60-Jährigen, machten aber einen höheren Anteil aus als

bei den Wahlberechtigten der beiden Geschlechter. Bei den GRÜNEN, deren Wählerschaft im Durchschnitt deutlich jünger ist, hatten die 60 Jahre und Älteren einen weit unterdurchschnittlichen Anteil.

Die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen hatte an der Gesamtzahl der Wähler einen Anteil von rund einem Viertel. Auch in der Wählerschaft der vier wieder in den Landtag eingezogenen Parteien lagen die Anteile mit Werten zwischen 23,3% (CDU) und 26,9% (SPD) in einer ähnlichen Größenordnung. Auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern waren nicht so gravierend wie bei den über 60-Jährigen. Weniger gleichmäßig war das Bild in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen. Während in der Gesamtwählerschaft und bei den Wählerinnen und Wählern der SPD etwa jeder Fünfte in diesem Alter war, gehörten von den für die Christdemokraten und die Liberalen votierenden Bürgerinnen und Bürgern rund 15 bzw. 16% zu dieser Altersgruppe. In der GRÜNE-Wählerschaft machte diese Altersgruppe dagegen einen Anteil von mehr als 36% aus. Gegenüber 1996 ist das eine Zunahme um über vier Prozentpunkte, während die Anteile bei SPD, CDU und F.D.P. nahezu unverändert blieben.

Von der Gesamtheit der Wahlberechtigten waren zuletzt 22,7% unter 35 Jahre alt. Die weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung dieses Bevölkerungsteils führte dazu, dass der Anteil dieser Altersgruppe bei den Wählerinnen und Wählern nur bei gut 17% lag. Während die Anteile bei der SPD- und der CDU-Wählerschaft mit 15,9 bzw. 14,7% unterdurchschnittliche Werte erreich-



ten, waren bei den Wählerinnen und Wählern der Liberalen und der GRÜNEN unter 35-Jährige deutlich stärker vertreten. Bei den für die F.D.P. stimmenden Bürgerinnen und Bürgern war etwa jeder bzw. jede Fünfte zwischen 18 und 34 Jahre alt, bei den GRÜNEN hatte diese Altersgruppe sogar einen Anteil von fast 29%. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Landtagswahl 1996 hat sich in der Wählerschaft der Freien Demokraten der Anteil der unter 35-Jährigen geringfügig um einen Prozentpunkt erhöht. Demgegenüber war bei den

GRÜNEN ein starker Rückgang dieser jüngeren Wählerinnen und Wähler in der Wählerschaft der Partei zu beobachten. Vor fünf Jahren waren noch 46,6% der GRÜNE-Wählerschaft jünger als 35 Jahre. Einmal mehr zeigt sich hier das Hineinwachsen ihrer Wähler in höhere Altersjahrgänge. Ganz deutlich ist dies bei den 25- bis 34-Jährigen zu sehen, die 1996 noch einen Anteil von 34% an der gesamten Wählerschaft der GRÜNEN ausmachten und bei der jetzigen Wahl weniger als 20% aller Wähler der Partei stellten.

Nutzung des Stimmensplittings

Seit der Landtagswahl 1991 haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine Wahlkreisstimme und eine Landesstimme. Die Wahlkreisstimme geben sie direkt einem Wahlkreisbewerber. Die Landesstimme vergeben die Wählerinnen und Wähler dagegen an eine Partei oder Wählergruppe; damit entscheiden sie über die Verteilung der Landtagssitze auf die Parteien und Wählergruppen (die mindestens 5% der Landesstimmen erreicht haben). Die Wählerinnen und Wähler können ihre Wahlkreisstimmen dem Bewerber einer anderen Partei geben als derjenigen, die sie mit der Landesstimme gewählt haben, d. h. sie haben die Möglichkeit zum Stimmensplitting.

CDU-Wählerinnen und -Wähler machten am wenigsten vom Stimmensplitting Gebrauch

Wie schon 1991 und 1996 haben die Wählerinnen und Wähler der CDU bei der jetzigen Landtagswahl am

wenigsten von der Möglichkeit zum Stimmensplitting Gebrauch gemacht. Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die CDU gewählt haben, gaben bei der Landtagswahl 2001 nur 55 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme; damit haben genauso viele CDU-Wählerinnen und -Wähler wie 1996 ihre Stimmen gesplittet.

Bemerkenswert ist, dass SPD-Wählerinnen und -Wähler 2001 deutlich häufiger ein Stimmensplitting aufweisen als fünf Jahre zuvor. Waren es 1996 nur 88 von 1 000 Landesstimmenwählern der SPD, die anderen Parteien ihre Wahlkreisstimme gaben, so haben bei der Wahl am 25. März 2001 insgesamt 131 von 1 000 Landesstimmenwählern der SPD ihre Stimmen gesplittet. Hier zeigt sich auch, dass Wähler, die der CDU als Landespartei ihre Stimme verweigerten, vor Ort den CDU-Wahlkreisbewerber persönlich weiter unterstützten.

Sehr viel stärker als die Wähler der beiden großen Parteien nutzten die Wählerinnen und Wähler der F.D.P. und der GRÜNEN das Stimmensplitting. Davon ausgehend, dass ihr eigentlich favorisierter Kandidat keine reale Mehrheitschance hat, entschieden sich Wähler dieser Parteien sehr bewusst für einen Kandidaten der großen Parteien.

Für die F.D.P. fällt auf, dass 2001 die Zahl ihrer Wählerinnen und Wähler, die anderen Parteien die Wahlkreisstimme gaben, allerdings abgenommen hat. Bei der Wahl 1996 gaben 465 von 1 000 Wählern, die der F.D.P. ihre Landesstimme gegeben haben, anderen Parteien ihre Wahlkreisstimme. Davon gingen die meisten Stimmen – nämlich 304 von 1 000 – an die CDU-Wahlkreiskandidaten. Bei der Landtagswahl 2001 entschieden sich nur noch 388 von 1 000 F.D.P.-Wählern dazu, ihre Wahlkreisstimme einer anderen Partei zu geben. Dies ging vor allem zulasten der CDU-Kandidaten, die rund ein Viertel weniger Wahlkreisstimmen von den Wählerinnen und Wählern der F.D.P. erhielten als 1996.

Bei den GRÜNEN hat dagegen das Stimmensplitting wieder zugenommen, und zwar von 377 pro 1 000 bei der Landtagswahl 1996 auf 406 pro 1 000 bei der Wahl 2001. Vom Stimmensplitting der GRÜNE-Wähler haben bei allen drei Landtagswahlen, bei denen dieses Verfahren bisher möglich war, die sozialdemokratischen Wahlkreiskandidaten am meisten profitiert; 2001 gaben von 1 000 Landesstimmenwählern der GRÜNEN 318 einem SPD-Bewerber ihre Wahlkreisstimme – 38 mehr als 1996.

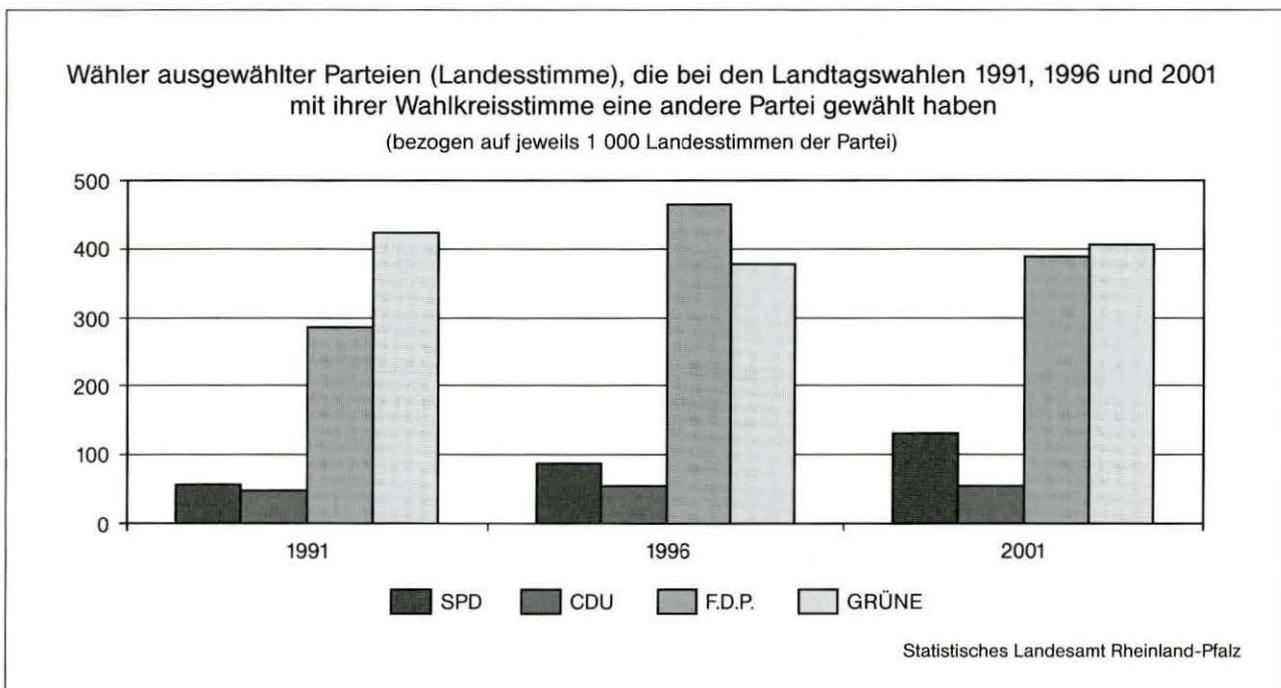
Bei F.D.P. und GRÜNEN splitten Männer häufiger als Frauen

Bei den beiden großen Parteien SPD und CDU nutzen die Frauen und die Männer die Möglichkeit zum Stimmensplitting in etwa gleich häufig. Bei der F.D.P. und

Wähler, die bei den Landtagswahlen 1991, 1996 und 2001 Landesstimme und Wahlkreisstimme an unterschiedliche Parteien vergeben haben, nach Geschlecht

Landesstimme	Wahlkreisstimme an eine andere Partei		
	1991	1996	2001
	Anzahl je 1 000 Wähler		
	Insgesamt		
SPD	57	88	131
CDU	48	55	55
F.D.P.	287	465	388
GRÜNE	424	377	406
	Männer		
SPD	58	83	124
CDU	49	57	56
F.D.P.	309	512	420
GRÜNE	439	406	431
	Frauen		
SPD	56	92	134
CDU	47	52	54
F.D.P.	266	412	349
GRÜNE	409	355	384

den GRÜNEN splitten die Männer sehr viel öfter als die Frauen ihre Stimmen. Den häufigsten Gebrauch vom Stimmensplitting machten 2001 die männlichen GRÜNE-Wähler; 431 von 1 000 gaben dem Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei, insbesondere den SPD-Bewerbern, ihre Wahlkreisstimme. Bei der Wahl 1996 hatten die männlichen F.D.P.-Wähler mit Abstand am häufigsten ihre Wahlkreisstimmen an die Bewerber anderer Parteien vergeben.



Bei den GRÜNEN splitten die 35- bis 44-Jährigen am wenigsten

Bei der SPD und der F.D.P. wird das Stimmensplitting sehr viel häufiger von den jüngeren Wählerinnen und Wählern eingesetzt als von den älteren. Bei der Wahl 2001 gaben von 1 000 Landesstimmenwählern der SPD im Alter von 18 bis 24 Jahren 217 dem Kandidaten einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme, bei den über 60-Jährigen waren es nur noch 80. Von 494 pro 1 000 F.D.P.-Wählern im Alter von 18 bis 24 Jahren erhielten die Kandidaten anderer Parteien die Wahlkreisstimmen; bei den F.D.P.-Wählern über 60 Jahren splitteten nur 348 von 1 000 ihre Stimmen.

Bei der CDU gibt es ebenfalls einen Unterschied zwischen dem Verhalten der jüngeren Wähler zwischen 18 und 24 Jahren und dem der älteren Wähler über 60; er ist allerdings nicht so stark ausgeprägt wie bei SPD und F.D.P.

Bei den GRÜNEN splitten die Wähler zwischen 25 und 34 Jahren am häufigsten (441 von 1 000). Am wenigsten tun dies – im Gegensatz zu den Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien – aber nicht die über 60-Jährigen, sondern die Wählerinnen und Wähler zwischen 35 bis 44 Jahren. Von 1 000 GRÜNE-Wählerinnen und -Wählern im Alter zwischen 18 und 24 Jahren haben bei der aktuellen Wahl 431 einem Kandidaten einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme gegeben, bei den 35- bis 44-Jährigen waren es nur 373 und bei den über 60-Jährigen 402 Wählerinnen und Wähler.

Weitere Einzelergebnisse sind dem folgenden „Tabellenanhang“ zu entnehmen.

Dr. Ludwig Böckmann
Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar
Diplom-Volkswirt Klaus Maxeiner

Anhang (Seite 123 bis 129)

Tabellen

- Ergebnisse der Landtagswahl 2001 – Amtliches Endergebnis und Ergebnis der repräsentativen Stichprobe
- Wahlbeteiligung der Wähler insgesamt und der Urnenwähler bei der Landtagswahl 2001 nach Altersgruppen
- Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Landtagswahlen 1971 bis 2001 nach ausgewählten Parteien und Altersgruppen
- Geschlecht und Altersstruktur der Wähler sowie der Wählerschaft ausgewählter Parteien bei den Landtagswahlen 2001, 1996 und 1991
- Kombination von Wahlkreis- und Landesstimmen bei den Landtagswahlen 2001, 1996 und 1991 nach Geschlecht
- Kombination von Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2001 nach dem Alter der Wähler

Ergebnisse der Landtagswahl 2001
 – Amtliches Endergebnis und Ergebnis der
 repräsentativen Stichprobe –

Merkmal	Amtliches Endergebnis	Stichprobe	Abweichung
	%		Prozentpunkte
Wahlbeteiligung	62,1	62,9	0,8
SPD	44,7	44,7	0,0
CDU	35,3	35,2	-0,1
F.D.P.	7,8	7,5	-0,3
GRÜNE	5,2	5,6	0,4
Sonstige Parteien/ Wählergruppen	6,9	7,0	0,1

Wahlbeteiligung der Wähler insgesamt und der Urnenwähler bei der Landtagswahl 2001 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung der Wähler insgesamt			Wahlbeteiligung nur der Urnenwähler ¹⁾		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
18 - 20	49,2	51,4	46,8	46,6	49,3	43,8
21 - 24	41,8	44,7	39,1	38,0	41,2	34,8
25 - 29	44,3	44,4	44,3	40,6	41,0	40,3
30 - 34	48,7	47,2	50,2	45,5	44,0	47,1
35 - 39	56,4	56,2	56,6	53,5	53,3	53,7
40 - 44	58,3	58,2	58,5	55,8	55,6	56,0
45 - 49	63,4	63,3	63,4	60,6	60,5	60,8
50 - 59	70,8	70,9	70,7	67,9	68,2	67,5
60 - 69	77,7	78,8	76,7	75,1	76,4	73,8
70 und älter	71,3	77,9	67,4	66,2	74,1	61,6
Insgesamt	62,9	63,5	62,4	59,3	60,2	58,5

1) Urnenwähler sind Wähler, die ihre Stimme im Wahllokal abgegeben haben.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Landtagswahlen 1971 bis 2001
nach ausgewählten Parteien und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahljahr	Wahlbeteiligung ¹⁾	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
				SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
Insgesamt							
18 - 24	1971	68,9	0,9	44,2	47,2	4,9	-
	1975	68,3	0,9	43,2	49,5	5,0	-
	1979	67,9	1,5	49,5	42,7	6,4	-
	1983	84,3	0,8	39,7	44,8	2,4	12,8
	1987	64,2	1,5	37,8	38,5	6,7	13,1
	1991	59,5	1,4	43,5	28,1	7,8	14,0
	1996	53,9	1,7	32,6	36,1	8,6	13,7
	2001	41,3	1,3	37,1	31,1	10,2	8,7
25 - 34	1971	76,8	0,9	42,8	49,5	5,1	-
	1975	76,5	0,8	39,8	53,6	5,2	-
	1979	74,4	0,9	46,5	46,2	6,4	-
	1983	86,8	0,7	41,3	47,2	3,2	7,9
	1987	67,6	1,2	40,7	37,2	5,9	13,4
	1991	60,3	1,1	49,5	27,4	6,3	12,7
	1996	55,0	1,6	39,6	31,4	7,4	14,0
	2001	43,5	1,1	42,6	29,0	8,4	9,5
35 - 44	1971	83,3	1,3	42,1	48,1	5,9	-
	1975	83,7	1,1	38,7	53,8	5,8	-
	1979	83,6	1,3	41,0	51,6	6,5	-
	1983	92,5	0,8	38,1	54,6	3,9	3,0
	1987	76,6	1,1	40,0	43,5	8,0	5,9
	1991	70,8	1,3	49,2	32,0	7,3	8,4
	1996	64,6	1,6	43,7	31,9	7,3	11,2
	2001	54,6	1,4	47,3	27,3	6,3	10,5
45 - 59	1971	85,2	1,6	39,5	49,7	6,3	-
	1975	85,8	1,1	38,5	53,2	5,8	-
	1979	85,9	1,5	42,0	50,4	6,0	-
	1983	93,6	1,3	40,3	53,2	4,1	1,8
	1987	84,0	1,7	40,1	46,7	8,2	2,2
	1991	79,2	2,0	44,0	41,6	8,0	3,5
	1996	75,6	2,3	41,4	39,0	10,5	3,9
	2001	65,0	2,0	47,5	32,5	7,9	5,3
60 und älter	1971	80,5	1,4	38,4	52,0	6,1	-
	1975	81,9	0,9	37,0	55,7	5,4	-
	1979	83,6	1,3	38,6	54,6	5,6	-
	1983	90,4	1,6	39,7	54,8	4,0	0,9
	1987	83,7	1,5	37,6	51,7	6,9	1,4
	1991	77,3	2,4	40,7	48,9	6,3	1,6
	1996	75,8	3,4	38,4	47,2	8,8	1,2
	2001	70,7	3,4	43,2	43,7	7,3	1,6
Insgesamt	1971	79,9	1,3	40,8	49,7	5,8	-
	1975	80,3	1,0	38,9	53,6	5,5	-
	1979	80,4	1,3	42,6	50,1	6,1	-
	1983	90,1	1,1	39,9	51,7	3,7	4,3
	1987	77,0	1,5	39,2	45,1	7,2	5,6
	1991	71,3	1,8	44,8	38,4	7,1	6,3
	1996	67,9	2,4	40,1	38,9	8,8	6,6
	2001	59,3	2,3	44,7	35,2	7,5	5,6

1) Ohne Briefwähler.

noch: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Landtagswahlen 1971 bis 2001
nach ausgewählten Parteien und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahljahr	Wahlbeteiligung ¹⁾	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
				SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
Männer							
18 - 24	1971	70,8	0,9	45,7	44,7	4,8	-
	1975	68,4	0,8	44,0	48,4	4,7	-
	1979	68,4	1,6	50,3	41,8	6,1	-
	1983	85,0	0,7	39,2	45,6	2,4	12,5
	1987	64,3	1,5	37,3	39,5	6,9	11,9
	1991	59,5	1,5	42,9	28,6	8,0	12,8
	1996	53,6	1,8	31,3	36,7	9,4	11,7
	2001	44,4	1,1	36,0	30,2	11,3	8,1
25 - 34	1971	76,4	1,0	45,1	46,0	5,3	-
	1975	76,0	0,7	41,6	51,3	5,2	-
	1979	73,1	0,8	48,3	44,5	5,9	-
	1983	87,2	0,5	41,0	46,2	3,3	9,1
	1987	67,8	1,1	41,2	36,8	6,1	12,9
	1991	60,7	1,0	50,1	27,0	6,4	11,6
	1996	55,1	1,5	38,3	32,4	8,2	12,2
	2001	42,8	1,1	41,3	29,8	9,8	8,1
35 - 44	1971	84,4	1,4	44,1	44,6	6,3	-
	1975	83,9	1,1	40,4	51,6	5,7	-
	1979	83,3	1,2	42,3	50,0	6,3	-
	1983	92,3	0,7	38,3	54,0	3,9	3,3
	1987	75,7	1,1	41,1	41,6	8,0	6,3
	1991	70,2	1,2	50,0	30,6	7,7	8,2
	1996	64,1	1,4	43,7	31,2	7,7	10,4
	2001	54,4	1,3	46,6	27,7	7,1	9,2
45 - 59	1971	88,2	1,7	42,1	44,7	6,6	-
	1975	87,1	1,1	40,2	50,5	5,6	-
	1979	87,0	1,7	43,4	48,4	6,1	-
	1983	94,1	1,2	40,8	52,1	4,5	1,9
	1987	85,6	1,6	40,9	44,8	8,6	2,1
	1991	79,7	1,9	46,1	39,2	8,1	3,2
	1996	75,9	2,1	42,1	37,2	10,8	3,6
	2001	65,2	1,8	46,6	32,0	8,4	5,1
60 und älter	1971	85,5	1,6	41,1	46,4	7,1	-
	1975	84,9	1,1	39,1	52,0	5,9	-
	1979	87,0	1,3	40,5	51,6	5,9	-
	1983	92,3	1,4	40,8	52,5	4,5	1,2
	1987	87,7	1,6	38,2	48,5	7,8	1,6
	1991	81,1	2,3	41,9	45,9	6,8	1,8
	1996	80,6	3,3	38,8	43,8	10,2	1,2
	2001	75,4	2,8	42,0	42,4	8,4	1,6
Zusammen	1971	81,8	1,4	43,3	45,3	6,2	-
	1975	80,9	1,0	40,7	51,0	5,5	-
	1979	80,7	1,4	44,3	47,9	6,1	-
	1983	90,7	1,0	40,2	50,4	3,8	4,9
	1987	77,6	1,4	39,9	43,1	7,7	5,8
	1991	71,8	1,7	46,2	36,0	7,4	6,3
	1996	68,6	2,2	40,1	37,0	9,5	6,3
	2001	60,2	1,9	43,7	34,4	8,5	5,3

1) Ohne Briefwähler.

noch: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den Landtagswahlen 1971 bis 2001
nach ausgewählten Parteien und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahljahr	Wahlbeteiligung ¹⁾	Von 100 Stimmen waren ungültig	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf			
				SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
Frauen							
18 - 24	1971	66,7	0,9	42,6	50,0	5,1	-
	1975	68,3	1,0	42,3	50,7	5,4	-
	1979	67,5	1,5	48,5	43,6	6,7	-
	1983	83,7	0,8	40,3	43,9	2,5	13,0
	1987	64,0	1,6	38,3	37,3	6,5	14,5
	1991	59,5	1,2	44,1	27,6	7,7	15,3
	1996	54,2	1,6	33,9	35,6	7,8	15,8
	2001	38,1	1,5	38,4	32,1	8,9	9,4
25 - 34	1971	77,3	0,9	40,3	53,1	4,9	-
	1975	77,0	1,0	37,9	56,0	5,2	-
	1979	75,8	1,0	44,7	47,9	6,9	-
	1983	86,4	0,9	41,7	48,3	3,1	6,6
	1987	67,5	1,3	40,1	37,7	5,8	13,9
	1991	59,7	1,3	48,8	27,9	6,2	13,9
	1996	54,9	1,6	41,0	30,4	6,6	15,8
	2001	44,3	1,1	43,9	28,2	6,9	10,9
35 - 44	1971	82,2	1,2	40,0	51,8	5,4	-
	1975	83,5	1,2	36,8	56,1	5,9	-
	1979	84,0	1,3	39,8	53,2	6,6	-
	1983	92,6	0,8	37,9	55,2	4,0	2,6
	1987	77,5	1,1	39,0	45,4	7,9	5,6
	1991	71,4	1,5	48,3	33,5	6,9	8,7
	1996	65,1	1,7	43,6	32,7	6,9	12,0
	2001	54,9	1,6	48,0	26,9	5,5	11,8
45 - 59	1971	82,9	1,5	37,5	53,5	6,1	-
	1975	84,9	1,1	37,1	55,5	5,9	-
	1979	85,0	1,4	40,9	52,1	6,0	-
	1983	93,0	1,4	39,9	54,3	3,8	1,7
	1987	82,4	1,8	39,1	48,7	7,7	2,3
	1991	78,7	2,1	41,9	44,1	7,8	3,9
	1996	75,4	2,5	40,8	40,8	10,3	4,1
	2001	64,9	2,2	48,4	32,9	7,3	5,5
60 und älter	1971	76,7	1,3	36,3	56,4	5,3	-
	1975	79,7	0,9	35,3	58,4	5,1	-
	1979	81,4	1,2	37,3	56,6	5,5	-
	1983	89,3	1,7	39,1	56,3	3,6	0,7
	1987	81,2	1,5	37,2	53,8	6,3	1,2
	1991	74,8	2,4	39,9	51,1	6,0	1,5
	1996	72,4	3,5	38,1	49,8	7,8	1,3
	2001	67,2	3,8	44,2	44,7	6,4	1,6
Zusammen	1971	78,1	1,2	38,6	53,6	5,4	-
	1975	79,7	1,0	37,2	56,0	5,5	-
	1979	80,0	1,3	41,1	52,0	6,2	-
	1983	89,6	1,2	39,7	52,8	3,5	3,7
	1987	76,5	1,5	38,5	47,0	6,8	5,5
	1991	70,8	1,9	43,6	40,7	6,8	6,4
	1996	67,3	2,5	40,0	40,6	8,1	7,0
	2001	58,5	2,6	45,6	36,0	6,7	5,9

1) Ohne Briefwähler.

Geschlecht und Altersstruktur der Wähler sowie der Wählerschaft ausgewählter Parteien
bei den Landtagswahlen 2001, 1996 und 1991

Alter in Jahren	Wahljahr	Von 100 Stimmen der ... entfielen auf die jeweilige Altersgruppe						
		Wähler ¹⁾ insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	FWG	REP
Insgesamt								
18 - 24	2001	5,8	4,9	5,2	7,9	9,2	6,8	11,0
	1996	6,1	5,0	5,7	6,0	12,6	-	9,1
	1991	9,0	8,8	6,6	10,0	20,0	-	16,7
25 - 34	2001	11,4	11,0	9,5	12,8	19,7	15,5	16,7
	1996	16,1	16,0	13,1	13,7	34,0	-	20,7
	1991	16,6	18,4	11,9	14,9	33,4	-	18,7
35 - 44	2001	19,2	20,5	15,0	16,2	36,4	26,4	21,8
	1996	18,9	20,8	15,7	15,9	32,0	-	20,1
	1991	18,0	19,8	15,0	18,6	23,9	-	16,1
45 - 59	2001	25,2	26,9	23,3	26,3	24,0	28,1	24,2
	1996	26,7	27,6	26,8	32,1	15,5	-	25,9
	1991	27,1	26,6	29,4	30,5	15,1	-	25,5
60 und älter	2001	38,3	36,6	47,0	36,7	10,8	23,1	26,3
	1996	32,3	30,6	38,8	32,2	5,9	-	24,1
	1991	29,3	26,4	37,1	26,0	7,5	-	23,0
Männer								
18 - 24	2001	6,4	5,3	5,7	8,6	9,9	7,2	11,4
	1996	6,4	5,0	6,4	6,4	12,1	-	9,4
	1991	9,8	9,1	7,8	10,6	20,1	-	17,2
25 - 34	2001	11,9	11,3	10,4	13,9	18,3	14,4	16,8
	1996	16,9	16,2	14,9	14,7	33,2	-	21,0
	1991	17,8	19,4	13,4	15,6	33,3	-	18,9
35 - 44	2001	20,2	21,7	16,4	16,9	35,4	25,9	21,7
	1996	19,9	21,9	16,9	16,4	33,3	-	19,6
	1991	19,0	20,6	16,2	19,8	24,9	-	15,8
45 - 59	2001	26,4	28,2	24,6	26,2	25,7	28,8	24,7
	1996	27,7	29,0	27,8	31,5	16,0	-	26,7
	1991	28,4	28,2	30,8	31,1	14,4	-	25,3
60 und älter	2001	35,2	33,5	43,0	34,4	10,7	23,8	25,4
	1996	29,1	27,8	34,0	31,0	5,4	-	23,2
	1991	25,0	22,6	31,7	22,9	7,3	-	22,9
Frauen								
18 - 24	2001	5,3	4,5	4,8	7,2	8,6	6,4	10,4
	1996	5,7	4,9	5,1	5,5	13,0	-	8,6
	1991	8,3	8,5	5,7	9,4	19,9	-	15,8
25 - 34	2001	11,0	10,8	8,8	11,6	20,8	16,9	16,6
	1996	15,3	15,8	11,6	12,6	34,7	-	20,1
	1991	15,4	17,4	10,6	14,2	33,6	-	18,4
35 - 44	2001	18,4	19,5	13,8	15,4	37,3	27,0	21,9
	1996	17,9	19,7	14,6	15,4	30,9	-	21,3
	1991	17,0	18,9	14,1	17,4	23,1	-	16,8
45 - 59	2001	24,1	25,7	22,1	26,5	22,6	27,4	23,1
	1996	25,7	26,3	25,9	32,9	15,0	-	24,2
	1991	26,0	24,9	28,1	29,8	15,7	-	25,8
60 und älter	2001	41,2	39,5	50,5	39,3	10,8	22,4	28,0
	1996	35,3	33,3	42,9	33,5	6,3	-	25,9
	1991	33,2	30,3	41,5	29,2	7,8	-	23,1

1) 2001 einschließlich Briefwähler.

Kombination von Wahlkreis- und Landesstimmen bei den Landtagswahlen
2001, 1996 und 1991 nach Geschlecht

Landesstimme für	Wahljahr	Von 1 000 Wählern, die mit ihrer Landesstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Wahlkreisstimme					
		SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	ungültig
Insgesamt							
SPD	2001	852	59	24	34	14	18
	1996	903	35	17	29	7	10
	1991	936	18	11	24	4	7
CDU	2001	25	931	18	5	7	14
	1996	24	937	19	6	6	8
	1991	19	945	20	5	4	7
F.D.P.	2001	123	234	598	11	20	15
	1996	133	304	524	16	12	11
	1991	63	196	704	20	8	9
GRÜNE	2001	318	44	18	581	26	13
	1996	280	47	20	602	30	20
	1991	336	40	33	562	15	14
Sonstige	2001	153	193	84	60	424	87
	1996	159	156	67	84	426	108
	1991	183	150	83	104	379	101
Ungültig	2001	214	262	45	21	23	435
	1996	90	130	16	11	15	738
	1991	94	110	21	12	10	753
Männer							
SPD	2001	861	55	23	30	16	14
	1996	908	34	15	26	8	9
	1991	936	18	11	24	5	6
CDU	2001	24	934	18	5	9	10
	1996	24	936	19	6	8	8
	1991	20	945	21	4	4	6
F.D.P.	2001	137	250	570	10	23	10
	1996	145	340	477	14	13	11
	1991	59	223	682	19	8	9
GRÜNE	2001	353	36	18	552	24	16
	1996	312	42	16	572	36	23
	1991	365	37	24	544	13	17
Sonstige	2001	141	203	80	44	442	89
	1996	161	163	63	67	426	121
	1991	197	160	80	97	356	110
Ungültig	2001	207	212	46	19	26	490
	1996	77	96	12	12	20	782
	1991	61	82	20	9	13	815
Frauen							
SPD	2001	844	62	24	37	11	22
	1996	898	36	18	32	6	11
	1991	937	18	10	25	3	7
CDU	2001	25	928	17	6	6	17
	1996	24	939	18	6	4	9
	1991	19	945	20	5	3	8
F.D.P.	2001	106	214	631	12	17	20
	1996	120	265	577	18	9	11
	1991	68	169	727	21	8	7
GRÜNE	2001	288	51	17	605	28	11
	1996	254	52	24	628	25	17
	1991	310	42	41	578	16	13
Sonstige	2001	168	180	89	80	400	84
	1996	157	144	74	110	425	90
	1991	162	133	87	116	415	87
Ungültig	2001	218	297	45	22	21	397
	1996	100	157	20	10	11	703
	1991	121	134	21	14	7	703

Kombination von Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2001 nach dem Alter der Wähler

Landesstimme für Alter in Jahren	Von 1 000 Wählern, die mit ihrer Landesstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Wahlkreisstimme					
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige	ungültig
SPD	852	59	24	34	14	18
18 - 24	772	96	38	63	20	11
25 - 34	812	68	30	60	20	9
35 - 44	829	63	23	57	16	12
45 - 59	845	66	26	31	16	16
60 und älter	893	44	18	10	8	27
CDU	25	931	18	5	7	14
18 - 24	38	898	30	10	14	11
25 - 34	41	904	27	12	9	7
35 - 44	33	918	19	11	12	7
45 - 59	28	923	21	6	9	12
60 und älter	16	948	12	1	4	19
F.D.P.	123	234	598	11	20	15
18 - 24	192	258	498	14	30	7
25 - 34	124	269	553	22	23	8
35 - 44	134	212	603	13	28	10
45 - 59	129	225	600	13	19	14
60 und älter	98	232	631	4	14	21
GRÜNE	318	44	18	581	26	13
18 - 24	324	46	27	557	34	13
25 - 34	340	51	17	550	33	10
35 - 44	296	44	15	616	18	11
45 - 59	339	35	17	569	30	10
60 und älter	302	50	23	568	27	30
Sonstige	153	193	84	60	424	87
18 - 24	186	246	105	78	342	43
25 - 34	163	215	94	76	402	51
35 - 44	172	172	70	79	443	64
45 - 59	145	199	85	53	429	88
60 und älter	119	167	79	25	453	157
Ungültig	214	262	45	21	23	435
18 - 24	155	127	42	42	14	620
25 - 34	154	120	51	51	26	598
35 - 44	192	165	11	19	27	586
45 - 59	249	230	52	17	25	427
60 und älter	214	317	49	19	22	379

Zeitbudgeterhebung 2001/02

Eine Zeitbudgeterhebung wurde erstmals in den Jahren 1991/92 im gesamten Bundesgebiet vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Landesämtern durchgeführt. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Familie und Senioren finanziell unterstützt. Rechtsgrundlage für die Erhebung war – und ist es auch für die neue Erhebung – § 7 Abs. 1 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. August 2000 (BGBl. I S. 1253). In diesem Paragraphen ist geregelt, dass zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragen freiwillige Erhebungen bei bis zu 10 000 Personen zugelassen sind, ohne dass eine eigene Rechtsgrundlage für die jeweilige Befragung vorliegen muss.

Ziele der Zeitbudgeterhebung

Zeitbudgeterhebungen sind in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Instrument der Beobachtung wichtiger sozialer Bereiche geworden. In vielen Ländern zählt die Ermittlung der Zeitverwendung zum festen Bestandteil amtlicher Statistiken. Kennzeichen der Zeitbudgeterhebung ist die Erfassung der Zeit, die bestimmte Aktivitäten in Anspruch nehmen, sowie von deren Folge und Dauer. Ergänzt wird die Erhebung um die Erfassung von Merkmalen, die die Zeitverwendung von Haushalten und Personen beeinflussen bzw. den sozialen und räumlichen Zusammenhang von Aktivitäten bilden. Ziel der letzten Erhebung war es, Zeitverwendungsstrukturen von Bevölkerungsgruppen und auch Haushaltstypen zur Verfügung zu stellen. Es ist Aufgabe dieses Satellitensystems, die mit der unentgeltlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen in privaten Haushalten, einem Ehrenamt oder der Nachbarschaftshilfe verbundenen ökonomischen Vorgänge in Mengeneinheiten (Zeitangaben) und – durch geeignete Bewertung – in Geldeinheiten darzustellen.

Die amtliche Statistik wird von verschiedenen Institutionen – hier insbesondere von politischer Seite und der Wissenschaft – seit längerer Zeit aufgefordert, aktuelles Zahlenmaterial über die Zeitverwendung vorzulegen. Da im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein dringender Bedarf an Daten der Zeiterhebung für frauen- und familienpolitische Maßnahmen besteht, entschloss es sich, eine neue Erhebung zu finanzieren. Zudem stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in geringerem Umfang finanzielle Mittel zur Verfügung. Ziele der neuen Studie sollen u. a. sein,

- die aktuelle Zeitverwendung der Menschen aufzuzeigen,
- Veränderungen im Vergleich zu den Daten der letzten Erhebung darzustellen,
- das Satellitensystem Haushaltsproduktion zu aktualisieren und
- Vergleiche zu anderen europäischen Ländern zu ermöglichen.

Gerade die Vergleiche der Ergebnisse mehrerer Zeitbudgeterhebungen lassen interpretationsfähige Aussagen zu. Hierzu seien einige Beispiele genannt:

- Ist Hausarbeit noch immer Frauenarbeit oder hilft der moderne Mann mehr?
- Wie haben sich Umfang und Lage der Arbeitszeit (geringfügige Beschäftigung, Teilzeit, Vollzeit u. Ä.) verändert?
- Haben Frauen durch ihre vermehrte Erwerbstätigkeit weniger Zeit für Kinder oder ist ein Rückgang der Zeit für Arbeiten im Haushalt zu beobachten?
- Verändern die elektronischen Medien immer mehr die Freizeitgestaltung und welche Auswirkungen sind in Bezug auf die sozialen Kontakte festzustellen?
- Wie hat sich die Gesamtarbeitszeit für besonders belastete Personengruppen wie Alleinerziehende und berufstätige Frauen mit Kindern verändert?

Wo bleibt die Zeit?

Bevor auf Inhalt, Form und Ablauf der Zeitbudgeterhebung 2001/02 eingegangen wird, sollen einige Bundesergebnisse der ersten Erhebung vor zehn Jahren aufgezeigt werden, damit Vorstellungen über mögliche Darstellungsformen verdeutlicht werden:

- Neben bezahlten Arbeitsstunden wird in beträchtlichem Umfang unbezahlte Arbeit in den privaten Haushalten von und für die Familie geleistet. Frauen erbringen mit 35 Std. pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer mit knapp 20 Std.
- Mit einer Wochenarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen) von über 77 Std. sind Alleinerziehende mit kleinen Kindern die am stärksten belastete Personengruppe.
- Sofern sich in Vollzeit erwerbstätige Frauen außerhalb der Arbeitszeit für ihren Beruf weiterbilden, tun sie dies im Durchschnitt rund 2 Std. am Tag, ihre männlichen Kollegen wenden hingegen ca. 1½ Std. auf.
- Bei Ehepaaren arbeiten die Frauen abhängig vom Alter, der Einbindung ins Berufsleben und der Familienstruktur täglich 1½ bis 5½ Std. mehr im Haushalt als die Ehemänner.
- Für aktive Freizeitbeschäftigung wie Spiel und Sport wird je Tag durchschnittlich eine gute halbe Stunde aufgewandt.
- 17% der deutschen Bevölkerung sind in Vereinen, Kirchen oder öffentlichen Ämtern ehrenamtlich engagiert.
- Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn bei der Betreuung ihrer Kinder erhalten 43% aller Ehepaare mit einem Kind unter sechs Jahren.
- Eltern benötigen vor allem Zeit für ihre Kinder, wenn sie klein sind. Ehefrauen mit mindestens einem Kind unter drei Jahren wenden durchschnittlich knapp 3¾ Std. täglich für die aktive Kinderbetreuung auf. Davon dienen zwei Drittel der Zeit allein für das Trösten, Waschen und Füttern des Nachwuchses.
- Die ehrenamtliche Beteiligung ist bei Personen im Alter von 40 bis 70 Jahren am höchsten; 22% der Personen in dieser Altersgruppe sind ehrenamtlich tätig. Bei den Männern sind die 40- bis 60-Jährigen am

aktivsten (26%). Trotz hoher Erwerbsbeteiligung (90%) zeigen sie in Vereinen, Kirchen oder öffentlichen Einrichtungen ein großes Engagement.

- Die über 60-Jährigen wenden im Durchschnitt 5½ Std. wöchentlich für ehrenamtliche Tätigkeiten auf. Männer zwischen 60 und 70 Jahren kommen sogar auf über 7 Std. Mit 3¼ Std. liegen die 40- bis 60-Jährigen deutlich darunter.

Insgesamt brachte die erste Zeitbudgeterhebung wertvolle Daten für die Weiterentwicklung der Familien-, Frauen- und Sozialpolitik. Unter Familienpolitik wurde lange die materielle Unterstützung der Familien verstanden. Ziel war es, zum materiellen Ausgleich der Belastung von Familien durch Kinder verglichen mit Kinderlosen beizutragen. Zwischenzeitlich wurde erkannt, dass Familien einer zusätzlichen Unterstützung im Hinblick auf ihre zeitliche Belastung bedürfen. Das Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wurde erfolgreich bearbeitet; hierzu zählt auch der Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Für eine vorausschauende Politik muss auf eine gute und gesicherte Datengrundlage zurückgegriffen werden können. Die neue Erhebung soll hierfür die Basis bilden.

Vielfältige Auswertungsmöglichkeiten

Neben den eingangs genannten Zielen der Zeitbudgeterhebung soll im folgenden detaillierter auf den Datenbedarf und die Auswertungsmöglichkeiten eingegangen werden. Ein besonderes Interesse besteht an Daten über die Zeitverwendung für die Kinderbetreuung und von Kindern und Jugendlichen. Folgende Fragen könnten beantwortet werden:

- Wie sieht die Kinderbetreuung bei Alleinerziehenden aus?
- Wie viel Zeit nehmen sich die Eltern für die Kinderbetreuung?
- Welche Zeit verbringen die Kinder in der Schule und bei den Hausaufgaben?
- Wie verbringen Jugendliche ihre Freizeit?

Einer der Schwerpunkte der Erhebung ist der Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit in Verbindung mit der so genannten Netzwerkhilfe (Austausch von Hilfeleistungen zwischen Haushalten). Diese Leistungen können verschiedener Art sein: Neben der emotionalen Form – Anerkennung aussprechen, Trost spenden, Gespräche führen – zählt auch die Beratung und/oder Information dazu (z. B. Angelegenheiten bei Verwaltungen, Krankenkassen, Versicherungen klären). Zu der Netzwerkhilfe werden z. B. auch die Kinderbeaufsichtigung oder handwerkliche und hauswirtschaftliche Hilfe gerechnet.

Ein wichtiger Punkt der Netzwerkhilfe wird im Seniorbereich gesehen. Antworten verspricht man sich auf die Fragen:

- Helfen Senioren gleichaltrigen oder jüngeren Haushalten?
- Erhalten Senioren von anderen Personen Hilfe?
- Welche Art von Unterstützungen wird angenommen?
- Wie oft erfolgt die Hilfe?
- Ist eine eigene Haushaltsführung möglich?

Die große Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit ist auch daran zu erkennen, dass die Vollversammlung der

Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF) ausgerufen hat. Durch diese Aktion soll der Stellenwert des freiwilligen Engagements für die gesellschaftliche Entwicklung verdeutlicht werden; es wird dazu aufgerufen, den Einsatz für das Gemeinwesen stärker zu würdigen und zu unterstützen, den Ideen-, Erfahrungs- und Wissensaustausch untereinander durch stärkere Vernetzung zu erleichtern und dadurch die Effektivität der Freiwilligenarbeit zu erhöhen und diese insgesamt zu fördern.

In den letzten Jahren hat der Freizeitbereich immer mehr an Bedeutung gewonnen, eine Tatsache, die durch tendenzielle Arbeitszeitverkürzungen gefördert wird. Durch die Zeitbudgeterhebung werden Aussagen über die Nutzung der Freizeit erwartet. Gegenüber den Ergebnissen vor zehn Jahren kann ermittelt werden, ob z. B. mehr Zeiten für sportliche Aktivitäten aufgewendet werden oder – bedingt durch die gestiegene Zahl der Programme – mehr Zeit vor den Fernsehern verbracht wird. Im gleichen Zusammenhang kann auch die Computer- und Internet-Nutzung durchleuchtet werden.

Die Mobilität der Bevölkerung hat in den letzten Jahren ständig zugenommen; betroffen davon sind alle Bereiche wie Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Urlaub und Freizeit. Durch die Erhebung können etwa folgende Fragen beantwortet werden:

- Für welche Zwecke werden bestimmte Verkehrsmittel benutzt?
- Bevorzugen bestimmte Altersklassen bestimmte Fahrzeuge?
- Haben flexible Arbeitszeiten Auswirkungen auf die Wahl des Verkehrsmittels?
- Wie lange wird täglich ein Fahrzeug benutzt?
- Wird die Zeit während der Fahrt für bestimmte Tätigkeiten genutzt?
- Welche Fahrzeuge nutzen Männer und Frauen in ihrer Freizeit? Gibt es Unterschiede?

Die Arbeitswelt erfordert immer mehr Flexibilität; dies gilt für die Art der Arbeit (Vollzeit, Teilzeit, stundenweise Beschäftigung, Schichtarbeit, Heim-/Telearbeit) und deren Beginn und Ende. Auch hierüber werden die Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung Auskünfte geben können.

Struktur und Zusammensetzung der Stichprobe

Die Privathaushalte bilden die Grundgesamtheit der Zeitbudgeterhebung. Die Bewohner von Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind ausgeschlossen, nicht aber die dort lebenden Mitglieder von Privathaushalten. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Angehörigen der ausländischen Stationierungssreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familien. Dagegen können sich Haushalte von Ausländern an der Erhebung beteiligen. In der Regel wird dies jedoch kaum der Fall sein, da auf das Adressenmaterial der Laufenden Wirtschaftsrechnungen und der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zurückgegriffen wird. Bei diesen Erhebungen mit freiwilliger Beteiligung ist bzw. war ein ganz minimaler Ausländeranteil festzustellen.

Stichprobenumfang der Zeitbudgeterhebung 2001/02
nach Bundesländern

Land	Haushalte insgesamt (Grundgesamtheit)		Stichproben- umfang
	1 000	%	Anzahl
Baden-Württemberg	4 608,5	12,4	682
Bayern	5 302,8	14,3	785
Berlin-Ost	650,7	1,8	96
Berlin-West	1 120,3	3,0	166
Brandenburg	1 136,0	3,1	168
Bremen	346,7	0,9	51
Hamburg	903,8	2,4	134
Hessen	2 707,5	7,3	401
Mecklenburg-Vorpommern	789,1	2,1	117
Niedersachsen	3540,0	9,5	524
Nordrhein-Westfalen	8 183,7	22,0	1 211
Rheinland-Pfalz	1 765,4	4,8	261
Saarland	502,8	1,4	74
Sachsen	2 059,2	5,5	305
Sachsen-Anhalt	1 202,2	3,2	178
Schleswig-Holstein	1 275,2	3,4	189
Thüringen	1 068,5	2,9	158
Deutschland	37 162,4	100	5 500

Für die Zeitbudgeterhebung wird 2001/02 ein Stichprobenumfang von bundesweit 5 000 teilnehmenden Haushalten angestrebt. Da erfahrungsgemäß etwa 10% der Haushalte im Laufe der Erhebung ausfallen, wurde die Zahl der zu befragenden Haushalte auf 5 500 festgelegt, um den gewünschten Stichprobenumfang auch zu erreichen. Für die Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Bundesländer und auf bestimmte „Quotierungsgruppen“ (z. B. Haushaltstyp) wurden die Daten des Mikrozensus 1999 herangezogen. Die Grundgesamtheit umfasst alle im Mikrozensus nachgewiesenen Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Die gesamte Stichprobe von 5 500 Haushalten wurde proportional zur Zahl der Haushalte insgesamt auf die Bundesländer aufgeteilt, um möglichst genaue Bundesergebnisse zu erhalten. Da der Stichprobenumfang der Länder relativ gering ist, fallen aussagekräftige Ergebnisse in erster Linie auf Bundesebene an. Inwieweit aber dennoch Eckwerte für die Länder zur Verfügung stehen, kann erst nach Vorliegen der Daten beurteilt werden.

Stichprobenumfang bei der Zeitbudgeterhebung 2001/02
nach Haushaltstyp und sozialer Stellung der Bezugsperson im Haushalt

Haushaltstyp	Insgesamt	Selbst- ständige	Beamtinnen/ Beamte	Ange- stellte	Arbeiter/ -innen	Nichterwerbstätige	
						Rentner	sonstige
Einpersonen-Haushalte	53	4	3	10	6	23	7
Paare ohne Kinder	49	5	4	8	6	23	3
Alleinerziehende	28	2	2	9	4	-	11
Paare mit Kindern, ein Partner erwerbstätig	47	6	6	11	16	-	8
Paare mit Kindern, beide Partner erwerbstätig	42	10	7	12	13	X	X
Sonstige Haushalte	42	7	5	8	10	-	12
Insgesamt	261	34	27	58	55	46	41

Aufgrund der Ergebnisse des Mikrozensus 1999 entfallen auf Rheinland-Pfalz 4,8% aller Haushalte in Deutschland, das heißt, der Stichprobenumfang im Land liegt bei 261 Haushalten. Diese Haushalte mussten nach Haushaltstyp und sozialer Stellung der Bezugsperson – das ist in der Regel das als Haupteinkommensbezieher geltende Haushaltsmitglied – differenziert werden. Dabei wurden unterschieden:

1. Haushaltstypen

- Einpersonen-Haushalte,
- Ehepaare/Lebenspartnerschaften ohne Kinder (ohne weitere Personen),
- Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (ohne weitere Personen),
- Ehepaare/Lebenspartnerschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, höchstens ein Partner erwerbstätig (ohne weitere Personen),
- Ehepaare/Lebenspartnerschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, beide Partner erwerbstätig (ohne weitere Personen),
- sonstige Haushalte.

2. Haushalte nach der sozialen Stellung der Bezugsperson

- Selbständige,
- Beamtinnen und Beamte,
- Angestellte,
- Arbeiterinnen und Arbeiter,
- Rentnerinnen und Rentner, Pensionäre,
- sonstige Nichterwerbstätige.

Nach den Berechnungen, die alle vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurden, ergibt sich für Rheinland-Pfalz je Haushaltstyp und sozialer Stellung eine feste Zahl von Haushalten, wie sie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht.

Um durch Wetter- und Jahreszeit bedingte unterschiedliche Verhaltensmuster darstellen zu können, wurden in einem dritten Schritt die mitwirkenden Haushalte gleichmäßig auf die zwölf Monate April 2001 bis März 2002 verteilt. Bezogen auf Rheinland-Pfalz ergaben die Berechnungen, dass in drei Monaten (Novem-

Erhebungssoll bei der Zeitbudgeterhebung 2001/02
nach Haushaltstyp, sozialer Stellung der Bezugsperson im Haushalt und Monat

Haushaltstyp Soziale Stellung	Summe	2001									2002			
		April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Ei npersonen-Haushalte														
Selbständige	4						1		1			1		1
Beamte	3	1			1			1						
Angestellte	10	1	1	1	1	1	1	1	1	1			1	
Arbeiter	6		1			1		1		1			1	1
Nichtwerbstätige														
Rentner	23	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
sonstige	7	1		1	1	1		1		1			1	1
Paare ohne Kinder														
Selbständige	5		1				1		1		1		1	
Beamte	4	1				1						1		1
Angestellte	8		1		1			1	1	1	1	1	1	
Arbeiter	6		1	1			1		1		1		1	
Nichtwerbstätige														
Rentner	23	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	2	2
sonstige	3		1		1								1	
Alleinerziehende														
Selbständige	2		1										1	
Beamte	2								1		1			
Angestellte	9	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1		1
Arbeiter	4			1		1		1		1		1		
Nichtwerbstätige	11	1	1		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Paare mit Kindern, ein Partner erwerbstätig														
Selbständige	6	1		1			1		1		1		1	1
Beamte	6	1		1		1		1		1		1	1	
Angestellte	11	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Arbeiter	16	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	2	1	2
Nichtwerbstätige	8	1		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Paare mit Kindern, beide Partner erwerbstätig														
Selbständige	10	1		1	1	1	1	1	1	1	1	1		1
Beamte	7	1		1	1	1	1	1	1	1	1	1		1
Angestellte	12	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Arbeiter	13	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Sonstige Haushalte														
Selbständige	7		1		1			1		1	1	1	1	
Beamte	5		1					1	1		1			1
Angestellte	8	1	1	1	1	1		1		1			1	
Arbeiter	10	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Nichtwerbstätige	12	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Insgesamt	261	22	22	22	22	22	22	22	21	22	21	22	21	

ber, Januar, März) je 21 Haushalte das Tagebuch ausfüllen, in den anderen neun Monaten je 22.

Nach diesen drei Vorgaben erfolgte zusätzlich eine Aufteilung der Stichprobe nach Gemeindegrößenklassen. Dabei wurden die Stichprobenumfänge der Länder je Größenklasse proportional zur Zahl der Haushalte verteilt, um zu sichern, dass in der Stichprobe alle Gemeindegrößenklassen angemessen vertreten sind. Diese Berechnungen sind keine Quoten, sondern nur Richtwerte; die Daten für die Zahl der Haushalte stammten aus der Mikrozensus-Erhebung 1998, da zum Bearbeitungsstermin die Werte für 1999 noch nicht vorlagen.

Entsprechend der Landesstruktur entfallen in Rheinland-Pfalz auf die Größenklasse bis 20 000 Einwohner 166 Haushalte und auf die von 20 000 bis 100 000 Einwohnern 51 Haushalte. Auf die Kategorie 100 000 und mehr Einwohner kommen 44 Haushalte.

Durchführung der Zeitbudgeterhebung

Nach Vorliegen des Auswahlplans wurden ab Januar 2001 Teilnehmer der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 angeschrieben. Dem Anschreiben war eine Teilnahmeerklärung beigelegt, in

der der Haushaltstyp, die soziale Stellung der Bezugsperson im Haushalt sowie Zahl und Alter der Kinder anzugeben waren. Die Haushalte wurden – sofern sie dem Anforderungsprofil entsprachen – den insgesamt 31 Schichten zugeordnet. Ziel war es, zuerst die benötigten Haushalte der Monate April bis Juni zu gewinnen; Ende Februar war dieses Vorhaben erfolgreich abgeschlossen. In weiteren Werbeaktionen sollen in den folgenden Monaten die noch fehlenden Haushalte gewonnen werden.

Den statistischen Landesämtern ist freigestellt, an welchen Tagen eines Monats die Befragungen vorgenommen werden. In Rheinland-Pfalz wurde ein System ausgearbeitet, das im Laufe der zwölf Monate alle Bereiche eines Monats – Anfang, Mitte, Ende und alle Wochentage – berücksichtigt. Da die 261 Haushalte für jeweils drei Tage – zwei Werktage und ein Samstag oder Sonntag, insgesamt 783 Tage – ihre Zeitaufzeichnungen vornehmen, wurde auf eine ausgewogene Verteilung auf die einzelnen Wochentage geachtet. So sind für die Führung des Tagebuchs Montage und Dienstag je 105-mal vorgesehen, Mittwoch, Donnerstag und Freitag je 104-mal, Samstag 133-mal und Sonntage 128-mal. Im Gegensatz zur letzten Zeitbudgeterhebung werden keine Interviewer eingesetzt; der Kontakt mit den Haushalten erfolgt auf postalischem Weg. Die Haushalte erhalten für ihre Teilnahme eine Mitwirkungsprämie, die sich an der Zahl der im Haushalt geführten Tagebücher orientiert.

Inhalte des Tagebuchs

Alle Personen, die im Haushalt leben und mindestens zehn Jahre alt sind, sollen an den drei vorgegebenen Tagen ihre Tagesabläufe darstellen. Wichtig ist, dass für jedes Haushaltsmitglied ein eigenes Tagebuch ausgefüllt wird, damit z. B. anfallende Arbeiten oder Freizeitaktivitäten für den ganzen Haushalt und nicht nur für einzelne Familienmitglieder dargestellt werden können. Voraussetzung ist auch, dass alle zum Haushalt zählenden Personen an den gleichen Tagen ihr Buch führen, auch dann, wenn es sich nicht um einen für den Haushalt typischen Tag handelt. Besonderheiten und außergewöhnliche Ereignisse sollen vermerkt werden.

Bereiche der Aktivitätenliste

0	Persönlicher Bereich / Physiologische Regeneration
1	Erwerbstätigkeit
2	Qualifikation / Bildung
3	Haushaltsführung und Betreuung der Familie
4	Ehrenamtliche Tätigkeiten, Freiwilligenarbeit
5	Soziales Leben und Unterhaltung
6	Teilnahme an sportlichen Aktivitäten
7	Hobbys und Spiele
8	Massenmedien
9	Wegezeiten und unbestimmte Zeitverwendung

Alle Aktivitäten, die mindestens zehn Minuten dauern, sind in das Tagebuch einzutragen; eine Zeitleiste ist vorgegeben. Da kaum eine Aktivität genau in einem 10-Minuten-Takt beginnt oder endet, sind die Zeiten auf- oder abzurunden. Mit eigenen Worten sind die Aktivitäten, die nicht nur körperlicher, sondern auch geistiger Art sein können – auch das Reden zählt dazu –, ausführlich und genau zu beschreiben. Dieses Verfahren ermöglicht eine einheitliche Zuordnung zu Aktivitätsklassen und eine sehr tiefe Untergliederung. Die bei der Zeitbudgeterhebung 2001/02 verwendete Aktivitätenliste umfasst zehn Aktivitätsbereiche mit insgesamt rund 230 Aktivitäten.

Bei der Unterscheidung nach der Hauptaktivität soll auch ein eventuell genutztes Verkehrsmittel angegeben werden. Zudem wird nach der wichtigsten gleichzeitigen Aktivität gefragt. Ein weiterer Fragenblock – die Antworten werden durch Ankreuzen gegeben – ist die mit anderen Personen verbrachte Zeit. Dabei wird unterschieden nach Kindern unter zehn Jahren, (Ehe-) Partner/in, anderen Haushaltsmitgliedern und anderen bekannten Personen.

Nach Abschluss der Eintragungen sollen noch fünf Fragen beantwortet werden, die ergänzende Informationen zu den Erhebungstagen liefern. So wird u. a. gefragt, wo sich das Haushaltsmitglied zu Beginn und am Ende der Anschreibungsphase aufgehalten hat, ob die drei Tage normal oder außergewöhnlich verliefen, ob Reisen stattfanden und zu welcher Tageszeit bzw. an welchem Tag die Zeitaufzeichnungen vorgenommen wurden.

Nicht nur die Zeitangaben interessieren

Die Interviewer stellten bei der ersten Zeitbudgeterhebung 1991/92 den teilnehmenden Haushalten in einem Eingangs- und Schlussinterview Fragen zur Person, zum Haushalt, zur Wohnung etc. Bei der jetzigen Erhebung gibt es einen „Personen- und Haushaltsfragebogen“, den die Beteiligten ausfüllen und zusammen mit den Tagebüchern an das Statistische Landesamt schicken. Diese Hintergrundvariablen ergänzen und vervollständigen die Aufschreibungen im Tagebuch und ermöglichen tieferegehende Analysen.

Im Personenfragebogen werden alle Personen ab 15 Jahren nach ihrer Erwerbsbeteiligung gefragt. So sollen u. a. Angaben zur beruflichen Stellung, zur Wochenarbeitszeit, Art der Beschäftigung, Entfernung zur Arbeitsstätte oder zu der Art der Bemühungen, eine Arbeit zu finden, angegeben werden. In dem Sektor Aus- und Fortbildung interessiert der gegenwärtige Stand sowie der höchste Schul- und Ausbildungsabschluss. Nach Fragen zur Gesundheit folgen solche über das ehrenamtliche Engagement in verschiedenen Institutionen und die Art der Hilfeleistungen für andere Personen.

Im Mittelpunkt des Haushaltsfragebogens stehen die Zusammensetzung des Haushalts sowie die Wohnverhältnisse und das Wohnumfeld. Neben den Angaben zur Gartenarbeit und der Tierhaltung/-zucht sind die verschiedenen Einkommensquellen anzugeben, ebenso die in den letzten vier Wochen empfangenen Hilfeleistungen durch familienfremde Personen.

Aufbereitung der Daten

Das Statistische Bundesamt bereitet die Daten dialogorientiert mit der Software Blaise auf. Die neu erstellten Aufbereitungsprogramme ermöglichen gegenüber der herkömmlichen Datenerfassung eine erheblich schnellere Datenbereitstellung. Die Zusammenstellung und Bereinigung der monatlichen Datensätze erfolgt sukzessive, so dass in kurzem Abstand

zum Erhebungszeitraum ein auswertbarer Mikrodatensatz zur Verfügung steht. Die Zeitbudgeterhebung 2001/02 soll Ende Mai 2003 mit einer Konferenz zur Präsentation und Diskussion zentraler Ergebnisse, der Bereitstellung der Mikrodaten auf CD-ROM sowie der Publikation eines Tabellenbandes abgeschlossen werden.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft

Die sozialökonomische Betriebstypisierung unterscheidet die landwirtschaftlichen Betriebe in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Sie beschränkt sich seit 1997 auf die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die auch als Familienbetriebe bezeichnet werden. Ein Haupterwerbsbetrieb liegt vor, wenn ein Betrieb von 1,5 und mehr Vollarbeitskräften (AK-Einheiten) bewirtschaftet wird oder über 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten verfügt und der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen mindestens 50% beträgt. Nebenerwerbsbetriebe sind dementsprechend alle übrigen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Die sozialökonomische Betriebstypisierung bezog sich bis einschließlich 1995 auf Betriebe in der Hand von natürlichen Personen. Dazu gehörten neben den Einzelunternehmen auch die Betriebe der Rechtsform Personengesellschaft. Das Kriterium für die Einstufung war ausschließlich die an den Betriebsinhaber – und soweit vorhanden seinen Ehegatten – gerichtete Frage nach seinem außerbetrieblichen Einkommen und dessen Verhältnis zum betrieblichen Einkommen.

Die methodischen Änderungen bei der sozialökonomischen Typisierung landwirtschaftlicher Betriebe wurden ausführlich in dem Beitrag „Methodische Änderungen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung und der Nachweisung der Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Agrarberichterstattung“ dargestellt¹⁾. Ziel der Änderungen war die Angleichung der Kriterien für die sozialökonomische Betriebstypisie-

rung der Agrarstatistik einerseits und der Testbuchführung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft andererseits.

Noch 13 000 Haupterwerbsbetriebe

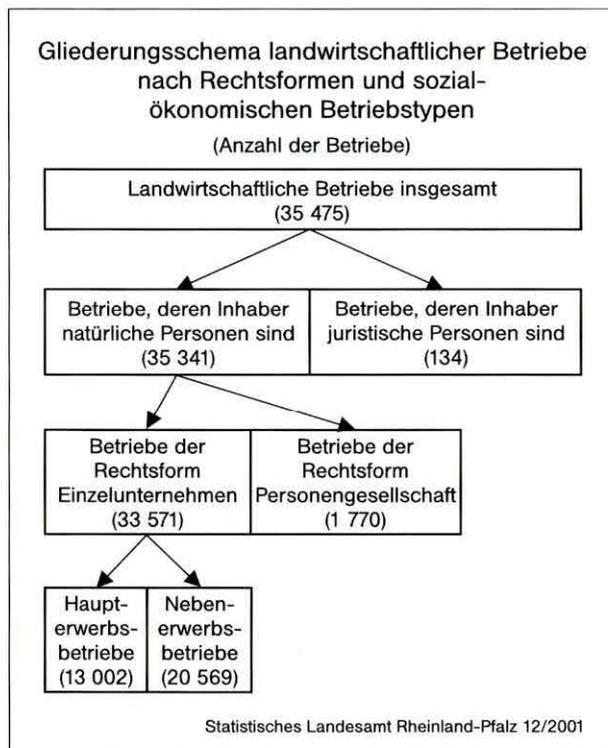
Im Jahr 1999 waren rund 33 600 der insgesamt 35 500 landwirtschaftlichen Betriebe Familienbetriebe. Knapp 1 800 wurden in der Rechtsform einer Personengesellschaft geführt und weitere gut 100 Betriebe wiesen als Betriebsinhaber eine juristische Person aus. Die Familienbetriebe sind damit nach wie vor die dominierende Bewirtschaftungsform in Rheinland-Pfalz. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe hat allerdings stetig abgenommen. Obwohl zwischen 1971, als erstmals eine sozialökonomische Typisierung erfolgte, und 1999 zweimal die unteren Erhebungsgrenzen angehoben wurden und damit überwiegend im Nebenerwerb geführte Betriebe aus dem Erhebungsbereich fielen, zählten 1999 nur noch knapp 39% der Familienbetriebe zu den Haupterwerbsbetrieben. Sie bewirtschafteten allerdings über 71% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF). Der Anteil an Haupterwerbsbetrieben lag 20 Jahre früher noch bei 45%. 1971 waren es sogar noch etwas mehr als die Hälfte.

Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe steigt mit zunehmender Betriebsgröße. Während nur etwa jeder Vierte der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche zwischen 2 und 5 ha im Haupterwerb bewirtschaftet wird, sind es in der höchsten ausgewiesenen Größenklasse (100 ha LF und mehr) fast 96%. Bei den flächenmäßig kleineren Haupterwerbsbetrieben handelt es sich vielfach um Weinbau- oder Gartenbaubetriebe. Sie können aufgrund der hohen Flächenproduktivität auch auf kleineren Flächen ein ausreichendes Einkommen realisieren.

Als Maßstab für die Einkommenskapazität eines Betriebes steht in der Statistik das Standardbetriebseinkommen zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um ein unter Verwendung statistischer Quellen berechnetes Einkommen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Größe eines Betriebes. Zu berücksichtigen ist, dass dies wenig über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse eines einzelnen Betriebes aussagt, da nicht mit den betriebsspezifischen Erträgen, Preisen oder Kosten gerechnet wird, sondern mit Durchschnittswerten.

Die Gliederung nach dem berechneten Standardbetriebseinkommen zeigt, dass 97% der 3 100 Familienbetriebe mit einem Standardbetriebseinkommen von 100 000 DM und mehr zu den Haupterwerbsbetrieben gehören. Auf die beiden Größenklassen zwischen 75 000 und 100 000 DM sowie 50 000 bis 75 000 DM entfallen 1 800 bzw. 2 600 Betriebe, von denen 94 bzw. 89% Haupterwerbsbetriebe sind. Demgegenüber sind 84% der 3 700 Familienbetriebe mit einem Standardbetriebseinkommen von 5 000 bis 10 000 DM Nebenerwerbsbetriebe.

1) In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 6/1998, S. 129 ff.



Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen		Davon					
			Haupterwerbsbetriebe			Nebenerwerbsbetriebe		
	Betriebe	LF	Betriebe		LF	Betriebe	LF	
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	ha	
unter 2	2	7 935	7 221	981	12,4	1 062	6 954	6 159
2 – 5	5	6 961	22 782	1 840	26,4	6 215	5 121	16 567
5 – 10	10	5 042	35 808	1 840	36,5	13 293	3 202	22 514
10 – 20	20	4 599	66 353	1 793	39,0	25 598	2 806	40 755
20 – 30	30	2 229	55 134	1 132	50,8	28 206	1 097	26 928
30 – 50	50	2 933	114 348	2 018	68,8	79 937	915	34 412
50 – 75	75	1 848	113 368	1 524	82,5	94 005	324	19 363
75 – 100	100	1 020	87 696	913	89,5	78 667	107	9 030
100 und mehr		1 004	139 542	961	95,7	134 318	43	5 225
Insgesamt		33 571	642 253	13 002	38,7	461 301	20 569	180 952

Der Produktionsschwerpunkt der Betriebe lässt sich mit Hilfe der Betriebssystematik darstellen. Sie weist im Bereich der Veredlung mit 55% den höchsten Anteil an Haupterwerbsbetrieben auf. Die unter der Veredlung zusammengefassten Produktionsbereiche der Schweine- und Geflügelproduktion sind in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu anderen Bundesländern wenig verbreitet. Hier dürfte es schon sehr früh zu einer Spezialisierung gekommen sein, so dass der hohe Anteil erklärbar ist. Der Anteil der im Haupterwerb bewirtschafteten Dauerkulturbetriebe liegt mit 42% ebenfalls über dem Durchschnitt. Der bezogen auf die Fläche arbeitsintensivere Wein- und Obstbau bietet einer ganzen Reihe von Betrieben die Möglichkeit ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Der Futterbaubereich (Milch- und Rindfleischproduktion) folgt mit knapp 37%. Die Marktfruchtbetriebe wirtschaften nur zu 33% im Haupterwerb. Gerade dieser Produktionsbereich ermöglicht die Verbindung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit mit einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit. Dies liegt zum einen daran, dass die Arbeiten nur saisonal anfallen, zum anderen können im Marktfruchtbereich problemlos die anfallenden Arbeiten an Lohnunternehmer oder Maschinenringe vergeben werden.

Nebenerwerbsbetriebe bevorzugen weniger arbeitsintensive Produktionsverfahren

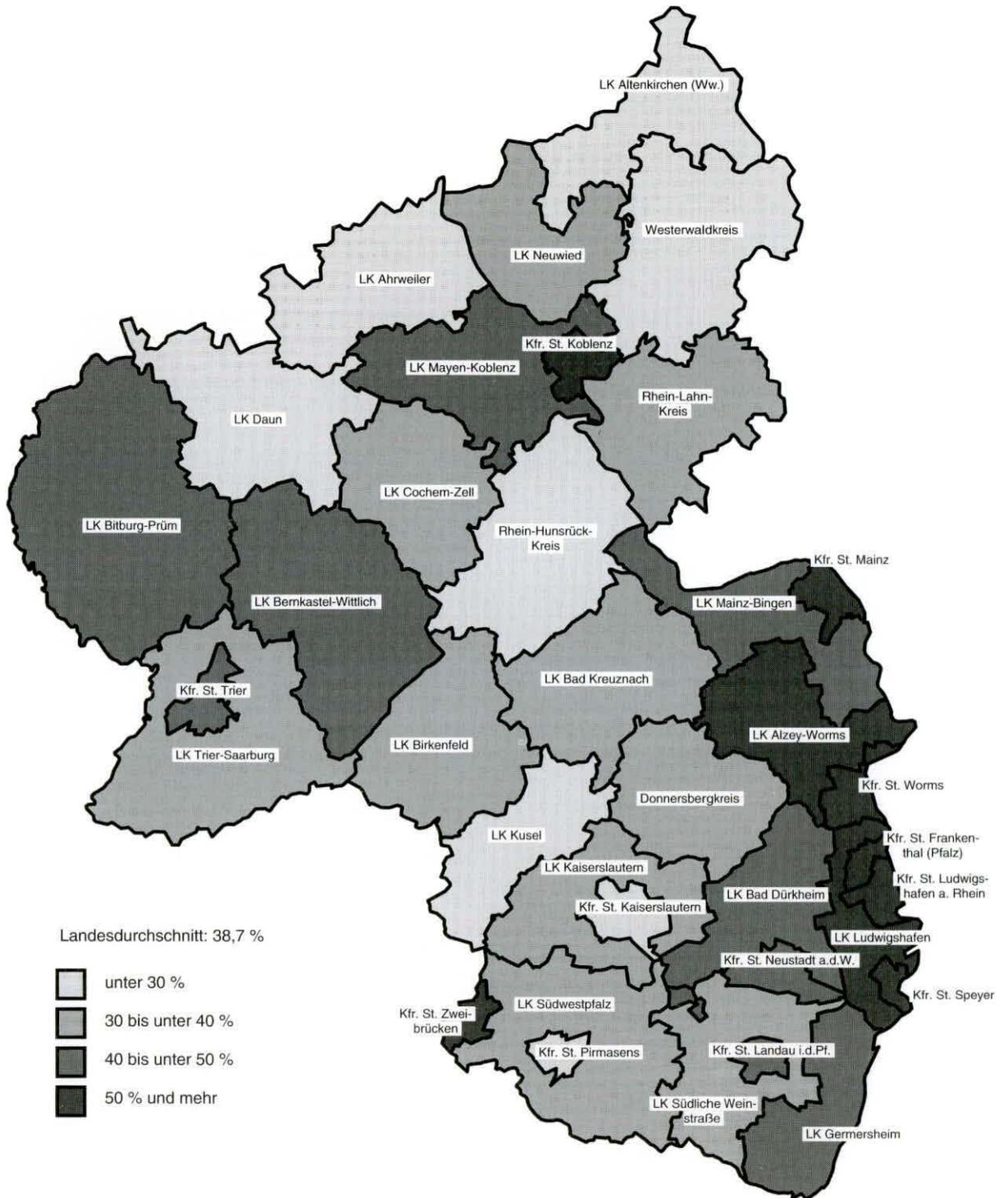
Die Haupteinkommensquelle der Nebenerwerbsbetriebe sind außerbetriebliche Einkünfte, wobei die mit Abstand wichtigste Einkommensart außerbetriebliche Erwerbseinkommen sind. Immerhin rund 75% der Betriebsinhaber bzw. der Betriebsinhaberehepaare eines Nebenerwerbsbetriebes üben eine außerbetriebliche Beschäftigung aus. Bei den Haupterwerbsbetrieben sind es nur 18%. Durch die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit steht für die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes nur begrenzt Arbeitszeit zur Verfügung und die betrieblichen Tätigkeiten müssen häufig am Abend und am Wochenende erledigt werden. Die Betriebsinhaber passen daher die betrieblichen Arbeitsabläufe an die begrenzte Arbeitskapazität an.

Die große Bedeutung der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit bei den Nebenerwerbsbetrieben hat natürlich auch Auswirkungen auf die Zahl der Vollbeschäftigten. Von den Arbeitskräften der Nebenerwerbsbetriebe sind weniger als 1% vollbeschäftigt. Die Haupterwerbsbetriebe kommen immerhin auf ein Viertel.

Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1999 nach Tierarten

Tierart	Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen		Davon			
			Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Betriebe mit Viehhaltung insgesamt	14 335	373 927	5 630	279 064	8 705	94 863
darunter						
Rinder	8 582	409 974	4 068	313 953	4 514	96 021
darunter						
Milchkühe	3 969	118 956	2 955	106 743	1 014	12 213
Ammen- und Mutterkühe	3 878	49 476	1 149	24 461	2 729	25 015
Schweine	4 023	329 733	1 879	269 073	2 144	60 660
darunter						
Mastschweine	2 626	117 983	1 333	96 173	1 293	21 810
Zuchtsauen	1 091	34 362	681	28 385	410	5 977
Schafe	1 786	137 364	314	66 216	1 472	71 148

Anteil der Haupterwerbsbetriebe an den Familienbetrieben 1999
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften rund 28% der auf die Familienbetriebe entfallenden landwirtschaftlich genutzten Fläche. Von den wichtigsten Kulturarten Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen entfielen auf die Nebenerwerbsbetriebe 1999 fast 35% des Dauergrünlandes, 25% des Ackerlandes und 22% der Flächen mit Dauerkulturen wie Rebflächen und Obstanlagen.

Die Bewirtschaftungsformen der Nebenerwerbsbetriebe zeigen deutlich, dass diese Betriebe bestrebt sind, den Arbeitsaufwand je Hektar klein zu halten. Im Vergleich zu den Haupterwerbsbetrieben hat bei den Nebenerwerbsbetrieben der Anbau der Mähdruschfrüchte Getreide und Ölfrüchte größere Bedeutung als der Anbau von Futterpflanzen und Hackfrüchten. Die Mähdruschfrüchte erfordern im Vergleich zu den Futterpflanzen und Hackfrüchten weniger Arbeitseinsatz und keine teuren Spezialmaschinen. Futterpflanzen werden darüber hinaus in der Regel nur angebaut, wenn das Futter auch über eine betriebseigene Viehhaltung verwertet werden kann. 29% des Getreides und 26% der Ölfrüchte werden von Nebenerwerbsbetrieben angebaut. Der Anteil liegt mit 14 bzw. 12% bei den Futterpflanzen und Hackfrüchten wie Kartoffeln und Zuckerrüben deutlich niedriger.

Im Getreideanbau bevorzugen die Nebenerwerbsbetriebe Getreidearten, deren Anbau keine intensive Bestandsführung verlangt. So entfallen auf die Nebenerwerbsbetriebe 43% der Haferfläche, aber nur 24% des Weizenanbaus, der nur bei optimierter Düngung und adäquatem Pflanzenschutz hohe Erträge liefert. Überdurchschnittliche Bedeutung hat noch die Sommergerste, deren Anbaufläche zu knapp einem Drittel auf die Nebenerwerbsbetriebe entfällt.

Die in der Bodennutzung aufgezeigten Unterschiede zwischen den beiden sozialökonomischen Betriebstypen finden sich auch in der Viehhaltung. Die arbeitsintensiveren Produktionsverfahren wie Milch- oder Ferkelproduktion sind die Domäne der Haupterwerbsbetriebe. Nur 26% der milchkuhhaltenden Familienbetriebe sind Nebenerwerbsbetriebe. Von den Zuchtsauenhaltern sind immerhin 38% Nebenerwerbsbetriebe. Größere Bedeutung hat dagegen in den Nebenerwerbsbetrieben die Ammen- und Mutterkuh- sowie die Mastschweinehaltung, deren Arbeitsbedarf im Vergleich zu der Milch- und Ferkelproduktion geringer ist. Immerhin rund 70% der ammen- und mutterkuhhaltenden Betriebe und jeder zweite mastschweinehaltende Betrieb werden nebenberuflich bewirtschaftet. Eine noch größere Bedeutung hat diesbezüglich die Schafhaltung. Etwa vier von fünf Betrieben gehören zu den Nebenerwerbsbetrieben.

Haupterwerbsbetriebe zahlen höhere Pachtpreise

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Betriebe laufend zurückgegangen. Ein Teil der frei werdenden Flächen wurde für außerlandwirtschaftliche Zwecke, vor allem als Siedlungs- und Verkehrsflächen, benötigt. Die übrigen Flächen wurden von den weiterwirtschaftenden Betrieben überwiegend auf dem Wege der Zupacht übernommen. Rund 70% der von den Familienbetrieben

bewirtschafteten Flächen sind gepachtet. Während beim Anteil gepachteter Flächen zwischen den Haupterwerbsbetrieben und den Nebenerwerbsbetrieben kaum Unterschiede bestehen, verfügen neun von zehn Haupterwerbsbetrieben über Pachtflächen. Bei den Nebenerwerbsbetrieben sind es nur etwa 60%. Deutliche Unterschiede gibt es auch beim gezahlten Pachtpreis. Mit durchschnittlich etwa 360 DM je Hektar zahlen die Haupterwerbsbetriebe rund 100 DM mehr als die Nebenerwerbsbetriebe.

Höhegebiete sind der Standort der Nebenerwerbsbetriebe

Gegenüber der Agrarstrukturerhebung 1995 galten 1999 höhere untere Erfassungsgrenzen. Dadurch ist eine größere Zahl von Kleinstbetrieben, bei denen es sich überwiegend um Nebenerwerbsbetriebe handelt, aus dem Darstellungsbereich gefallen. Es kommt deswegen in einigen Kreisen bzw. kreisfreien Städten zu einer geringen Zunahme des Anteils an Haupterwerbsbetrieben. So erhöhte sich zum Beispiel der Anteil der Haupterwerbsbetriebe im Westerwaldkreis zwischen 1995 und 1999 um drei Prozentpunkte auf knapp 19%.

Die regionale Betrachtung zeigt, dass die Höhegebiete die typischen Standorte der Nebenerwerbsbetriebe sind. Den höchsten Anteil an Nebenerwerbsbetrieben weist neben dem Westerwaldkreis der

Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1999 nach Kultur- und Fruchtarten

Kultur- und Fruchtart	Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen	Davon	
		Haupterwerbsbetriebe	Nebenerwerbsbetriebe
ha			
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	642 253	461 301	180 952
darunter			
Dauergrünland	223 049	145 159	77 891
Dauerkulturen ¹⁾	62 658	49 074	13 583
Ackerland	356 002	266 843	89 160
darunter			
Getreide	224 223	159 724	64 499
darunter			
Weizen	73 412	56 060	17 353
Roggen	11 438	7 675	3 763
Wintergerste	29 210	21 066	8 144
Sommergerste	77 427	52 505	24 922
Hafer	13 067	7 434	5 633
Hülsenfrüchte	4 003	3 199	804
Hackfrüchte	30 467	26 854	3 613
darunter			
Kartoffeln	9 191	8 030	1 161
Zuckerrüben	20 547	18 320	2 228
Ölfrüchte	32 195	23 855	8 340
darunter Winterraps	26 433	19 412	7 021
Futterpflanzen	28 582	24 567	4 015
darunter Silomais	13 131	11 802	1 329

¹⁾ Obstanlagen, Rebland, Baumschulen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Rhein-Hunsrück-Kreis (81%) auf. Über höhere Anteile verfügen noch die Landkreise Pirmasens (78%), Daun (74%) und Ahrweiler (74%). In diesen Gebieten werden kaum Sonderkulturen angebaut und auch die Viehhaltung spielt keine tragende Rolle.

Demgegenüber hat die Haupterwerbslandwirtschaft in den Landkreisen mit Sonderkulturen eine größere Bedeutung. Mit weitem Abstand weist der Landkreis Ludwigshafen unter den Landkreisen den höchsten Anteil an Haupterwerbsbetrieben (64%) auf. Der Landkreis Alzey-Worms folgt mit 54% vor dem Landkreis Germersheim (48%). In den genannten Verwaltungsbe-

zirken nimmt der Gemüse- und Weinbau einen beachtlichen Teil der Flächen in Anspruch.

Im Landkreis Bitburg-Prüm, in dem landesweit die meisten Rinder und Schweine gehalten werden, wirtschaften gut 46% der Betriebe im Haupterwerb. Die große Bedeutung der Viehhaltung ist hierfür ein entscheidender Grund. Ein weiterer Landkreis mit größeren Viehbeständen, der Landkreis Mayen-Koblenz, weist ebenfalls noch einen überdurchschnittlichen Anteil an Haupterwerbsbetrieben (43%) auf.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 031	4 029	4 028
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	2 261	575 ^P	1 219 ^P	1 199 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	6,6	1,7 ^P	3,8 ^P	3,6 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	3 061	2 496 ^P	3 062 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	8,9	7,3 ^P	9,8 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 727	3 717 ^P	4 016 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	10,9	10,9 ^P	12,8 ^P
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	14	12 ^P	12 ^P
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,3	5,1 ^P	5,4 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-256	-361	-666	-1 221 ^P	-954 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-0,8	-1,1	-1,9	-3,6 ^P	-3,0 ^P
Wanderungen										
Über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	9 384
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	9 702
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	-318
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	17 119
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	149 027	156 049	154 142	127 478	134 420	144 146	144 468
Männer	Anzahl	88 177	82 051	82 031	87 397	86 511	67 134	72 457	79 969	80 484
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	7 825	9 186	9 006	5 815	7 083	9 062	9 158
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	42 874	45 456	45 369	34 947	37 310	40 612	41 345
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	8,2	8,5	8,4	6,6	6,9	7,4	7,5
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	9,1	9,5	9,4	7,3	7,7	8,2	8,3
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	23 049	27 886	30 692	25 521	26 383	30 777	34 672
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	640	719	915	776	615	589	716
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	5 667	5 866	5 877	6 980	6 585	6 594	6 971
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	3 212	3 831	4 746	1 783	1 630	2 762	3 738
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾										
Rinder	t	3 196	3 207	3 719	3 026	3 240	3 494	1 996	1 888	1 965
Kälber	t	28	29	58	21	21	41	39	17	17
Schweine	t	9 045	9 276	9 320	9 163	8 716	9 173	8 766	9 193	7 989
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	61 566	63 286	60 035	56 003	60 245	61 504	56 535
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	14 497	14 199	12 978	12 896	13 080	12 604	11 798
Handwerk ⁹⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	96	.	.	.	93	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	117	.	.	.	113	.	.

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In und ausländischer Herkunft. – 9) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 293	2 315	2 311	2 299	2 299	2 384	2 382
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber/- innen)	Anzahl	311 516	307 750	305 545	301 787	302 089	303 508	302 027	302 621	301 812
Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender)	Anzahl	200 212	197 036	194 684	191 990	192 063	193 203	192 221	192 822	192 614
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 611	26 090	24 672	25 322	26 324	26 857	23 122	26 085	24 765
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	1 711	1 698	1 698	1 592	1 565	2 367	1 686	1 664	1 596
Bruttolohnsumme	Mill. DM	913	903	904	834	821	1 224	882	868	837
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	798	796	794	758	744	1 142	804	796	760
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. DM	9 480	9 478	10 008	8 281	9 821	10 539	10 013	9 759	9 792
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	5 140	5 193	5 284	4 889	5 810	6 231	5 418	5 575	5 725
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	2 402	2 426	2 728	1 674	2 150	2 285	2 648	2 171	2 197
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	204	193	197	173	210	235	179	212	191
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	1 734	1 665	1 799	1 545	1 650	1 788	1 768	1 801	1 679
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	4 178	3 354	3 943	4 340	3 991	4 264	4 161
Exportquote ²⁾	%	40,9	41,1	41,7	40,5	40,2	41,2	39,9	43,7	42,5
Energieverbrauch ³⁾	1 000 GJ	54 290	54 288	57 489	.	.	.	55 205	.	.
Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	2 575	.	.	.	1 703	.	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ³⁾⁴⁾	Mill. kWh	9 686	10 093	10 843	.	.	.	10 534	.	.
Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	65	67	74	.	.	.	64	.	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 136	1 171	1 185	1 221	1 137	1 209	1 141
Stromerzeugung (industr. Eigen-erzeugung)	Mill. kWh	165	164	186	168	168	150	160	165	148
Energie- und Wasserversorgung ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	77	77	78	86	86	87	87	86	86
Beschäftigte	Anzahl	14 040	13 644	13 656	12 894	12 786	11 938	11 888	11 204	11 112
darunter Arbeiter	Anzahl	6 789	6 570	6 583	6 223	6 135	5 720	5 696	5 038	4 936
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	879	852	864	794	785	764	685	644	598
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	82	79	75	69	78	89	64	58	66
Bruttolohnsumme	Mill. DM	34	33	31	28	31	37	26	22	25
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	48	47	45	40	46	53	39	36	41
Bruttostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	564	556	561	735	673	517	498
Nettostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	540	532	534	706	646	503	484
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 617	5 851	8 036	8 389	7 408	6 818	7 637	8 496	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe ⁶⁾										
(Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)										
Beschäftigte	Anzahl	48 710	47 826	47 825	46 702	46 324	46 122	45 002	43 766	43 528
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 887	4 841	3 970	3 521	4 230	5 143	3 861	3 264	3 741
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	1 627	1 524	1 726	2 219	1 685	1 463	1 629
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	1 000	1 208	1 236	1 080	964	1 188	1 265	958	883	951
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 492	1 559	1 263	1 033	1 316	1 659	1 218	918	1 161
darunter Straßenbau	1 000	669	710	552	445	556	767	551	340	510
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	196	200	212	177	174	232	194	172	162
Bruttolohnsumme	Mill. DM	151	153	161	131	130	176	146	129	119
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	46	47	51	45	44	56	48	43	43
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	708	716	868	572	509	787	822	548	473
Wohnungsbau	Mill. DM	284	254	271	186	181	239	253	161	158
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	Mill. DM	187	208	262	190	166	221	230	161	155
öffentlicher und Straßenbau	Mill. DM	237	254	335	196	163	328	328	226	160
darunter Straßenbau	Mill. DM	104	118	154	77	61	144	142	110	66
Ausbaugewerbe ¹⁾³⁾ (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)										
Betriebe	Anzahl	365	389	388	.	.	.	402	.	.
Beschäftigte	Anzahl	14 282	14 652	14 568	.	.	.	14 222	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 357	4 527	4 499	.	.	.	4 293	.	.
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	171	179	194	.	.	.	190	.	.
Bruttolohnsumme	Mill. DM	121	126	135	.	.	.	132	.	.
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	50	53	59	.	.	.	58	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	551	590	777	.	.	.	795	.	.

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert. – 5) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung. – 6) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet auf alle Betriebe. – 7) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	811	1 079	1 104	772	504	648	636
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	586	833	857	615	396	523	485
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	161	174	181	112	79	89	112
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	64	72	66	45	29	36	39
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 135	1 171	829	1 127	1 141	799	536	687	679
Wohnfläche	1 000 m ²	199	208	149	196	205	147	94	122	124
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	6 429	8 592	8 973	6 328	3 990	5 293	5 324
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	364	490	530	351	235	298	301
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	2	3	2	2	1
Unternehmen	Anzahl	159	193	125	179	200	217	83	110	97
Private Haushalte	Anzahl	885	916	684	897	901	553	420	538	539
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	186	189	155	193	131	145	144
Umbauter Raum	1 000 m ³	919	1 084	895	1 151	721	1 700	668	862	643
Nutzfläche	1 000 m ²	157	176	160	181	111	223	107	149	106
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	191	256	153	294	124	143	163
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	22	11	17	18	9	17	12
Unternehmen	Anzahl	170	185	158	165	126	171	121	122	126
Private Haushalte	Anzahl	9	9	6	4	9	4	1	6	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	1 435	1 837	1 921	1 357	817	1 092	1 140
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 662	3 520	3 301	3 645	4 102	3 802	4 004	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 154	2 002	1 936	2 082	2 329	2 110	2 327	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	261	245	207	244	298	277	300	...
Dänemark	Mill. DM	58	58	47	57	48	55	65	53	...
Finnland	Mill. DM	29	26	27	22	24	33	25	27	...
Frankreich	Mill. DM	483	525	458	469	537	513	502	595	...
Griechenland	Mill. DM	27	28	27	29	29	34	34	31	...
Großbritannien	Mill. DM	293	308	306	272	284	318	252	269	...
Irland	Mill. DM	16	18	27	15	12	14	15	16	...
Italien	Mill. DM	248	289	269	273	306	325	269	315	...
Niederlande	Mill. DM	221	211	193	184	183	237	222	222	...
Österreich	Mill. DM	156	146	121	135	145	164	168	168	...
Schweden	Mill. DM	57	69	70	59	49	71	63	67	...
Spanien	Mill. DM	156	180	182	185	179	231	174	223	...
Portugal	Mill. DM	28	35	30	29	42	35	44	42	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	302	299	341	290	311	362	...
Japan	Mill. DM	72	76	83	63	82	101	101	104	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	504	408	467	528	550	515	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	293	277	312	413	319	325	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 545	2 379	2 683	2 238	3 202	3 095	2 786	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 581	1 423	1 721	1 282	2 117	1 878	1 685	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	242	162	250	198	375	379	288	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	63	44	52	107	19	92	...
Finnland	Mill. DM	12	14	9	19	17	6	11	10	...
Frankreich	Mill. DM	390	391	405	345	273	319	444	303	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	1	2	2	2	3	10	...
Großbritannien	Mill. DM	128	118	119	107	84	116	135	128	...
Irland	Mill. DM	21	16	15	22	13	23	23	25	...
Italien	Mill. DM	193	201	177	170	142	184	185	157	...
Niederlande	Mill. DM	289	287	254	451	289	586	367	358	...
Österreich	Mill. DM	96	83	69	70	59	88	100	61	...
Schweden	Mill. DM	48	43	23	73	20	133	39	83	...
Spanien	Mill. DM	106	106	103	142	107	133	155	141	...
Portugal	Mill. DM	27	25	22	25	26	46	18	28	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	189	162	185	190	209	203	273	...
Japan	Mill. DM	88	79	78	86	70	42	63	68	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	172	160	196	172	212	293	264	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	294	251	260	324	398	240	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	92,8	92,4	91,3	96,8	97,9	97,1	94,5
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	101,6	100,6	99,1	107,4	108,4	105,9	104,1
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	111,3	98,8	96,2	108,5	119,5	100,3	92,4
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	96,8	96,7	96,9	97,6	97,1	95,7	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	108,5	92,3	107,2	124,5	116,0	105,2	...
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	86,7	81,6	79,8	84,1	84,2	82,2	81,4
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	87,1	79,7	79,1	83,8	83,2	81,6	80,2
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	106,9	92,0	89,5	101,0	105,3	95,3	91,5
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste		536	570	352	281	335	529	405	286	330
Ausländer		107	113	72	53	67	96	92	52	66
Übernachtungen		1 671	1 753	1 066	863	950	1 414	1 270	867	967
Ausländer		314	333	206	147	188	257	277	137	186
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang		1 343	1 285 ^f	1 264 ^f	1 169 ^f	1 264	1 388	1 111	1 347	...
Güterversand		703	721 ^f	762 ^f	698 ^f	855	940	743	771	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	16 092	13 846	18 136	15 177	12 641	14 662	13 743
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	229	397	976	184	212	303	903
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	14 600	12 357	15 970	13 623	11 162	13 002	11 708
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	935	821	806	1 058	951	1 077	828
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	150	153	213	175	199	154	187
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 413	1 231	1 344	1 535	1 419	1 339	1 094 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	9 882	7 568	8 712	9 479	9 860	8 995	7 610 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	1 919	1 687	1 792	2 057	1 893	1 873	1 466 ^P
Getötete	Anzahl	32	32	30	21	30	17	21	23	20 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	21	14	21	8	16	21	13 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	2	1	1	3	-	-	3 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	1	1	-	-	1 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	3	5	4	4	4	4	2	3 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	383	330	376	416	389	368	275 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	260	235	258	276	255	248	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	22	20	41	60	34	38	...
Radfahrer	Anzahl	47	55	19	12	22	22	18	14	...
Fußgänger	Anzahl	47	49	63	53	42	46	65	52	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	128	48	...	177	153	178	160
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	101 682	67 332	64 208	11 724	...	185 164	100 470	113 343	119 761

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	.	.	194 408	.	.	.	207 363	.	.
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	.	.	24 879	.	.	.	27 627	.	.
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	.	.	18 451	.	.	.	20 016	.	.
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	.	.	151 078	.	.	.	159 720	.	.
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	.	185 070	.	.	.	195 319	.	.
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	.	166 195	.	.	.	175 377	.	.
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	.	18 875	.	.	.	19 942	.	.
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	.	.	9 338	.	.	.	12 044	.	.
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	.	.	144 744	.	.	.	148 926	.	.
Sichteinlagen	Mill. DM	.	.	29 991	.	.	.	32 447	.	.
Termineinlagen	Mill. DM	.	.	40 283	.	.	.	44 617	.	.
Sparbriefe	Mill. DM	.	.	10 727	.	.	.	10 716	.	.
Spareinlagen	Mill. DM	.	.	63 743	.	.	.	61 146	.	.
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	.	.	139 894	.	.	.	143 585	.	.
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	.	135 624	.	.	.	137 412	.	.
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	.	.	4 270	.	.	.	6 173	.	.
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	.	.	4 850	.	.	.	5 341	.	.
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	5 616	3 903	4 263	5 181	6 110	4 340	4 472
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	3 009	1 263	1 669	1 544	2 889	1 557	1 665
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	1 692	1 171	1 622	1 541	1 645	1 178	1 607
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	–	–	745	647	–	–	777
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	651	– 176	– 101	– 116	642	– 198	– 123
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	21	215	18	14	27	381	28
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	20	126	80	87	29	226	97
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	20	–	–	58	58	–	–	76
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	626	– 73	51	18	546	– 29	54
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	–	–	3	67	–	–	12
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 607	2 640	2 594	3 637	3 221	2 783	2 807
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	774	833	967	742	764	758	739
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 833	1 807	1 627	2 895	2 457	2 025	2 068
Zölle	Mill. DM	200	185	200	187	190	235	227	186	220
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	656	65	102	230	702	94	86
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	488	– 11	31	178	536	3	11
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	158	65	44	41	154	79	43
Landessteuern	Mill. DM	128	139	127	147	133	119	115	151	121
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	6	7	3	4	– 2	5
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	46	71	56	53	47	78	70
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	7	5	6	6	7	5

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Gemeindesteuern ¹⁾										
Grundsteuer A	Mill. DM	787	783	832	-	-	-	834	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	9	9	7	-	-	-	8	-	-
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	161	167	147	-	-	-	160	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	532	521	573	-	-	-	584	-	-
	Mill. DM	66	71	93	-	-	-	70	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	3 354	1 969	2 152	2 513	3 657	2 205	2 237
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	1 328	549	716	660	1 271	691	715
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 348	1 355	1 328	1 621	1 658	1 419	1 433
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	1 776	1 148	1 266	1 124	1 693	1 295	1 118
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	1 158	533	619	562	1 091	684	619
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	417	467	489	440	402	460	365
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	1 608	-	-	-	1 533	-	-
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	406	405	400	-	-	-	387	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	848	-	-	-	815	-	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	100	-	-	-	82	-	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	105,5	105,7	106,1	107,7	107,7	108,2	108,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,3	101,1	101,6	100,9	101,4	102,8	103,2
Löhne und Gehälter ³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	-	4 503	-	-	-	...	-
Arbeiter	DM	4 641	4 731	-	4 631	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	-	3 454	-	-	-	...	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	-	27,80	-	-	-	...	-
Arbeiter	DM	27,76	28,36	-	28,59	-	-	-	...	-
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	-	30,51	-	-	-	...	-
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	-	27,41	-	-	-	...	-
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	-	23,35	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	-	21,30	-	-	-	...	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	-	20,11	-	-	-	...	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	-	37,3	-	-	-	...	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	-	37,3	-	-	-	...	-
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	-	37,3	-	-	-	...	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	-	6 543	-	-	-	...	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	-	6 009	-	-	-	...	-
Männer	DM	6 763	6 884	-	6 934	-	-	-	...	-
Frauen	DM	4 807	4 916	-	4 937	-	-	-	...	-
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	-	6 967	-	-	-	...	-
Männer	DM	6 886	7 055	-	7 139	-	-	-	...	-
Frauen	DM	5 183	5 390	-	5 397	-	-	-	...	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	-	4 767	-	-	-	...	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	-	4 751	-	-	-	...	-
Männer	DM	5 212	5 308	-	5 328	-	-	-	...	-
Frauen	DM	3 934	4 082	-	4 158	-	-	-	...	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 166	82 163	
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	23 259 ^p	42 249 ^p	11 403 ^p	
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	60 607 ^p	61 085 ^p	51 546 ^p	
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	71 019 ^p	72 524 ^p	76 077 ^p	
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-5 612	-6 428 ^p	-10 412 ^p	-11 439 ^p	-24 531 ^p	
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	3 901	4 047	4 293	3 611	3 645	3 809	4 093
Männer	1 000	2 273	2 160	2 006	2 134	2 330	1 862	1 892	2 025	2 246
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	10,0	10,3	11,0	8,9	8,9	9,3	10,0
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,1	11,5	12,2	9,8	9,9	10,3	11,1
Offene Stellen	1 000	422	456	412	402	438	491	468	454	484
Kurzarbeiter	1 000	118	119	90	85	101	66	70	70	92
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 380 ^f	6 350	6 315 ^f	6 420 ^f	6 419 ^f	6 393 ^f	6 378
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	560	497 695	507 ^f	540 ^f	561 ^f	474 ^f	532
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	215 066 ^f	209 578	177 259 ^f	222 403 ^f	237 023 ^f	216 920 ^f	208 521
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	74 664 ^f	73 259	63 061 ^f	82 150 ^f	87 473 ^f	79 576 ^f	77 992
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	123,1	113,2	101,5	124,9	130,6	115,6 ^f	114,9
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	122,5	107,7	105,4	124,7	127,4	107,9 ^f	116,3
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	127,2	131,5	97,4	131,4	141,8	141,2 ^f	117,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	132,9	104,7	106,6	131,6	141,5	107,2 ^f	124,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	113,0	101,8	94,5	110,8	113,2	96,4 ^f	101,4
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	44 526 ^f	47 132	48 060
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	36 255 ^f	37 715	37 355	34 297	36 419	39 851	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 124	1 095	1 028	1 054	1 041	1 012	949
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	121	90	74	115	115	81	67
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	20 299	20 420	10 365	17 613	18 935	18 939	9 807
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	18 078	18 829	...	14 116	13 379	13 720	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	16 659	17 193	...	13 115	12 369	12 659	...
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 140	3 410	...	2 487	2 357	2 462	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 222	3 040	...	3 309	3 107	3 000	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	33 795	37 343	...	25 855	24 883	25 962	...
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	110,1	129,1	91,3	104,9	111,0	127,4	97,2
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	112,8	111,1	90,8	121,6	125,9	112,3	101,3
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	85,3	96,6	81,0	102,6	84,5	95,6	79,0

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	83 124	95 147	85 092	82 232	111 280	111 057	97 446	101 127
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	47 816	54 456	45 447	49 552	62 314	62 670	53 279	57 645
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 697	5 237	4 530	4 847	5 639	5 904	5 573	5 777
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 547	10 398	9 427	10 096	13 001	13 225	10 477	12 111
Großbritannien	Mill. DM	6 780	7 029	8 090	6 521	6 952	8 846	9 401	7 472	7 964
Italien	Mill. DM	5 878	6 248	7 285	5 928	6 416	8 567	8 317	7 105	7 993
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 599	6 289	5 444	5 802	6 797	6 896	6 347	6 500
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	72 496	78 942	77 210	77 038	99 033	102 203	95 067	92 417
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	39 060	41 707	40 003	40 915	51 172	53 125	49 178	47 115
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 729	3 942	4 304	3 948	4 959	5 252	4 766	5 018
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 425	8 167	7 366	7 466	9 570	10 178	8 535	8 662
Großbritannien	Mill. DM	4 724	5 013	5 561	5 534	5 321	6 527	7 721	5 850	6 426
Italien	Mill. DM	5 376	5 396	5 593	5 655	5 549	6 551	5 995	6 349	5 822
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 882	6 751	5 991	7 227	8 744	9 023	8 479	8 079
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	43 585	96 702	53 595	44 033	43 459	95 276	57 490
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	18 069	70 427	29 366	19 040	18 061	69 244	34 491
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	19 202	40 938	22 673	19 539	19 648	40 604	23 521
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 1 578	14 442	- 806	- 1 612	- 2 231	13 488	- 956
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	24 713	23 648	24 208	22 998	24 691	23 397	23 060
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	19 764	18 423	19 678	17 176	18 307	16 414	17 698
Zölle	Mill. DM	540	519	566	591	493	581	556	644	484
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	11 401	27 673	3 643	11 477	11 034	25 418	5 568
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	928	607	742	628	959	574	647
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	9 334	23 090	1 174	9 608	8 890	20 904	2 932
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	103,8	105,1	106,7	112,6	113,4	113,6	...
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	84,0	84,8	83,7	91,2	92,1 ^P	90,7 ^P	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	99,2	99,4	99,8	103,7	103,9	103,6	104,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	98,5	-	-	-	98,8	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	98,4	-	-	-	98,7	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	96,0	-	-	-	98,7	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	105,2	105,5	105,8	107,5	107,7	107,8	108,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,0	100,2	101,0	100,5	100,9	101,4	102,9
Alkoholsche Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	107,5	107,4	107,4	107,6	108,1	108,2	108,3
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	102,2	102,1	101,9	102,2	102,4	102,4	102,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	108,0	108,3	108,8	112,8	113,0	112,9	113,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	102,1	102,1	102,2	102,3
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,8	110,8	110,4	111,3	111,4	111,4	111,6
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	109,5	110,4	111,4	114,7	115,1	114,2	115,1
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	87,3	87,3	87,3	83,9	83,9	83,8	83,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	103,4	104,1	103,5	103,2	104,4	105,0	105,4
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	118,5	118,5	118,8	119,9	120,1	120,1	120,6
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	104,1	104,6	104,4	106,5	105,2	105,8	106,0
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	105,1	105,4	106,1	107,3	107,6	107,7	108,5

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Statistisches Taschenbuch 2001: Umfassendes Datenmaterial über Rheinland-Pfalz

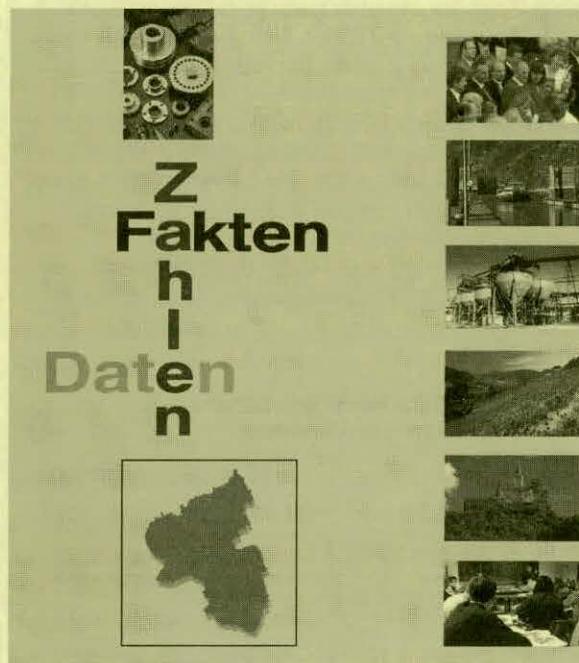
Das Statistische Taschenbuch für Rheinland-Pfalz liegt wieder aktualisiert vor. Diese Querschnittsveröffentlichung des Statistischen Landesamtes bietet mit ihrem Ausschnitt aus dem Informationsangebot der amtlichen Statistik, ergänzt um externe Quellen, in 23 thematischen Kapiteln einen umfassenden Überblick über das Land.

Die jedem Kapitel vorangestellten Hinweise zu Fundstellen, insbesondere zu den jeweiligen statistischen Berichten, eröffnen den Zugang zu weiteren detaillierten Informationen. Ein umfassendes Sachregister erleichtert die Suche.

Auf rund 300 Seiten findet man eine Vielzahl statistischer Ergebnisse, z. B. zum Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, über seine Bevölkerung, das Gesundheitswesen, die schulische und berufliche Bildung, die Rechtspflege und zu vielen anderen Fragen des sozialen Lebens in Rheinland-Pfalz. Aus diesen Ergebnissen lässt sich u. a. Folgendes ablesen:

- 46 Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben 10 000 und mehr Einwohner und 609 Gemeinden weniger als 300. Je Quadratkilometer leben in Rheinland-Pfalz 203 Einwohner.
- Bis zum Jahr 2015 wird der Anteil der über 65-Jährigen auf fast 20% gestiegen sein.
- Gut 20% der Familien mit Kindern zählen zu den Alleinerziehenden, in diesen „Kleinfamilien“ leben fast 18% der Kinder.
- In Rheinland-Pfalz stehen 189 Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit rund 36 400 Betten zur Verfügung.
- An allgemein bildenden Schulen des Landes wurden 1999/2000 insgesamt rund 486 000 Schülerinnen und Schüler, davon 7,5% Ausländerinnen und Ausländer, unterrichtet.
- Rund 67% der in Rheinland-Pfalz Erwerbstätigen entfallen auf die Dienstleistungsbereiche, weitere 30% auf das produzierende Gewerbe.
- Der Auslandsumsatz im verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Verarbeitung von Steinen und Erden macht 41% des gesamten Umsatzes aus.
- Knapp 94 000 Menschen empfangen Wohngeld.
- 76% der rund 42 900 Pflegebedürftigen, die in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden, sind Frauen.

Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz 2001



Statistisches Landesamt

- Der Kreis Mainz-Bingen weist mit rund 909 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner die höchste Fahrzeugdichte unter den Kreisen und kreisfreien Städten auf; an zweiter Stelle steht Bitburg-Prüm mit 774 Kraftfahrzeugen.
- Der Naturpark Pfälzerwald umfasst gut 179 000 ha und damit mehr Fläche als der größte Landkreis im Land, Bitburg-Prüm.

Das Statistische Taschenbuch (DIN A 5, gebunden) kann zum Preis von 18,00 DM zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt bestellt oder über den Buchhandel bezogen werden:

Statistisches Landesamt
Vertrieb der Veröffentlichungen

56128 Bad Ems

Telefon (0 26 03) 71 - 2 45,

Telefax (0 26 03) 71 - 3 15

E-Mail poststelle@statistik-rp.de

kurz + aktuell

20 180 neue Wohnungen – Rückgang der Bautätigkeit

Im vergangenen Jahr wurden in Rheinland-Pfalz 20 180 neue Wohnungen fertig gestellt, das ist ein Rückgang um 3,6% gegenüber 1999. Damit setzte sich die seit mehreren Jahren zu beobachtende rückläufige Bautätigkeit fort. Einfamilienhäuser verzeichneten eine Zunahme um 6,1% auf 9 383 Einheiten. Dagegen reduzierte sich die Zahl neu fertig gestellter Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern um 5,2 bzw. 13,7% auf 4 452 bzw. 6 297. Für die neuen Wohngebäude wurden Baukosten von knapp 5,8 Mrd. DM veranschlagt. Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wurden 22 213 Wohnungen bezugsfertig (-4,9%). hw

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - März		Veränderung
	2000	2001	
	Mill. DM		%
Landessteuern	433,4	452,3	4,3
Vermögensteuer	19,6	5,7	- 71,1
Erbschaftsteuer	74,8	64,9	- 13,2
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	46,0	44,8	- 2,5
Kraftfahrzeugsteuer	197,5	235,1	19,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	69,0	76,6	11,0
Feuerschutzsteuer	7,4	7,0	- 5,8
Biersteuer	19,1	18,2	- 5,0
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 696,0	1 639,9	- 3,3
Lohnsteuer	1 378,2	1 351,4	- 1,9
Veranlagte Einkommensteuer	- 96,8	- 214,9	X
Kapitalertragsteuer	104,1	207,9	99,8
Zinsabschlag	97,2	151,1	55,5
Körperschaftsteuer	213,4	144,5	- 32,3
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 243,4	1 030,3	- 17,1
Umsatzsteuer	924,4	649,1	- 29,8
Einfuhrumsatzsteuer	319,0	381,2	19,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	7,8	4,4	- 44,3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	3,7	2,1	- 44,3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	11,9	6,6	- 44,3
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	2,9	1,6	- 44,3
Insgesamt	3 399,2	3 137,2	- 7,7

Immer mehr Gasheizungen

Die Zahl der mit Gas beheizten Wohngebäude in Rheinland-Pfalz nimmt immer mehr zu. Von den im Jahr 2000 genehmigten neuen Wohngebäuden erhalten 69% eine Gasheizung; 1990 lag dieser Wert noch bei 59% und im Jahr 1980 sogar nur bei 39%.

Diese Entwicklung ist auf den Ausbau der Gasversorgung zurückzuführen; gleichzeitig ist die Zahl der ölbeheizten Gebäude rückläufig. Von den im vorigen Jahr genehmigten Wohngebäuden wird nur gut jedes Vierte über eine Ölheizung verfügen; bei den Mehrfamilienhäusern ist es nur jedes Siebente. hw

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im März 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu März 2000 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,0	2,5
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	104,2	3,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,6	1,9
Bekleidung, Schuhe	103,1	0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	113,0	3,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	103,0	0,6
Gesundheitspflege	111,2	1,2
Verkehr	117,1	3,6
Nachrichtenübermittlung	82,2	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,2	1,7
Bildungswesen	119,5	1,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	106,5	1,5
Andere Waren und Dienstleistungen	109,0	2,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	108,5	2,4
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	107,9	2,1
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	109,3	2,6
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,1	2,5

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.